

Für Rätemacht und Revolution!

KLASSENKAMPF

Nummer 46 | Mai 2022 | 2,--

Zeitung der Gruppe Klassenkampf, öst. Sektion des Kollektivs permanente Revolution

1. SOZIALISMUS ODER BARBAREI 1. MAI

IMPERIALISMUS
BEDEUTET KRIEG,
SOZIALISMUS
BEDEUTET
FRIEDEN



ISSN: 2220-0657



9 772220 065718

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Die türkische Clique in der Regierung, die sich waidwund Richtung neuer Covid-Welle im Herbst schleppt, lässt nichts aus, um mit einem Feuerwerk an Ablenkungsmanövern über ihren erbärmlichen Zustand hinwegzutäuschen.

Vorab: Klar gilt für alle türkischen Politiker*innen, ihr Personal und ihre sonstigen Verbündeten, egal ob grün, parteilos oder altschwarz, die Unschuldsumutung. Denn sie alle haben nie etwas gesehen, nie etwas gehört, nie SMS verschickt, nie irgendwo interveniert. Zwar gibt es da diesen abgedroschenen Satz, dass Unkenntnis nicht vor Strafe schützt – der gilt aber nur, wenn es um Verfehlungen oder Übertretungen sogenannter „kleiner Leute“ geht. Je weiter hinauf man in der Hackordnung kommt, desto unwissender darf man sein. Unwissend könnte man auch durch Ausdrücke ersetzen, die vermutlich justiziabel wären.

Ex-Ministerinnen, die in U-Haft kommen, weil sie auf wundersame Weise Meinungsumfragen und damit Zaster generiert haben, der aus Steuergeldern zu ihnen hinübergewachsen ist; allerhöchste Würdenträger im Nationalrat, die auf den Festplatten der Regierung Verzeichnisse mit unschuldigen Namen wie „Interventionen“ anlegen; Staatsanwälte, die andere Staatsanwälte bespitzeln, Ministerialräte, die Verfahren „derschlagen“ lassen.

Wenn sogar ziemlich beste Freunde des in den USA beim faschistoiden Milliardär Peter Thiel untergekommenen Sebastian „Messias“ Kurz die neue Volkspartei als „Hure der Reichen“ charakterisieren, braucht man dem eigentlich fast nichts mehr hinzuzufügen. Ach ja – stimmt, gegen den jugendlichen türkischen Erlöser aus dem 3D-Drucker wird ja auch noch ermittelt... aber das hat man mittlerweile fast schon vergessen, so erstaunliche Dinge spielen sich am und um den Ballhausplatz ab.

Auch wenn es nicht die ganz große Politik ist – wenn Personenschützer mit dem Objekt ihrer Wachsamkeit ein paar Bierlis und Weinderln zuviel hinter die Binde gießen und im Dienstauto Privat-

fahrzeuge schrotten, kann man das ja noch in der Schublade „Kottan ermittelt“ ablegen. Wenn allerdings dann nachträglich an Dienstplänen und Zeitaufzeichnungen gedreht und seitens des Pater Familias Karl Nehammer immer neue Versionen des fröhlichen Zechgelages bei der Frau Gemahlin präsentiert werden, kann das schon eine politische Dimension annehmen. Wenn dann sogar betont freundlich gesonnene Journalist*innen, beispielsweise beim KURIER, Zweifel an der aktuell gültigen Version des Zuprostens 3.0 äußern, ist Feuer am Dach des Bundeskanzleramts.

Aber halt – so absonderlich, amüsant oder schlicht ärgerlich diese Geschichten sind: Sie sind nur die Flecken auf der äußeren Hülle einer politischen Blase, die alles andere als unterhaltsam ist. Die Skandälchen und Skandale, die Fehltritte und Blamagen eignen sich wunderbar, um von den grundlegenden Problemen abzulenken. Und davon gibt es mehr als genug.

Coronakrise, Inflation - zahlen sollen die Lohnabhängigen

Beginnen wir wieder einmal mit der Corona-Krise.

Schon der dritte Gesundheitsminister in dieser Legislaturperiode laviert in der Frage der Coronakrise hilflos herum. Denn ob und wie die Pandemie bekämpft wird, entscheiden nicht Mediziner*innen und Virolog*innen, sondern die kapitalistische Wirtschaft, vertreten durch die kompetenten Gesundheitsexpert*innen von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung.

Während immer offensichtlicher wird, dass die seinerzeit noch von Kanzler Kurz versprochenen Förderungen für von der Krise betroffene Betriebe in erster Linie in die Taschen der Konzerne, der parasitären Tourismuswirtschaft und der Gastronomie geflossen sind, ist „Arbeitsminister“ Kocher bemüht, Teilzeitbeschäftigten, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger*innen das Leben möglichst schwer zu machen. Das er-

klärte Ziel – möglichst viele Menschen zwingen, für möglichst wenig Geld zu arbeiten.

Womit wir beim Thema Inflation gelandet wären, das in dieser Ausgabe des KLASSENKAMPF ausführlich behandelt wird (siehe Artikel auf Seite 4).

Und dann gibt es natürlich das Thema, das derzeit alles, sogar Corona, überschattet: Die Invasion des russischen Imperialismus in der Ukraine, die Aufrüstung der westlichen Imperialismen, der Versuch, die NATO weiter auszuweiten. Wie unsere internationale Tendenz, das Kollektiv Permanente Revolution, in seiner Erklärung zum 1. Mai 2022 feststellt: Die Kriegsgefahr zwischen den imperialistischen Mächten hat rasant zugenommen.

Österreichischer Imperialismus will bei Krieg mitmischen

Auch der kleine österreichische Imperialismus versucht mitzumischen. Nicht nur durch die improvisiert wirkenden Reisen Karl Nehammers nach Kiew und Moskau; brav trägt die österreichische Regierung die Sanktionspolitik der EU gegen „Russland“ mit. Die Verlogenheit der „Antikriegspolitik“ nicht nur der österreichischen, sondern auch der anderen imperialistischen Mächte in Europa, wird dort offensichtlich, wo Sanktionen die eigene kapitalistische Produktion stören würden. Bei den Gaslieferungen aus Russland hört sich der Spaß auf. Das dürfte wohl beim geheimnisvollen Tête-à-tête zwischen Nehammer und Putin der einzig konkrete Punkt gewesen sein – dass Österreichs Wirtschaft nicht auf das russische Gas verzichten will. Damit hat die Alpenrepublik etwas mit dem großen deutschen Bruder gemein.

Welchen Zweck verfolgen die „Sanktionen“ der EU und der USA eigentlich? Das wurde nie klar ausgesprochen. Offensichtlich geht es nicht darum, den Krieg des russischen Imperialismus gegen die Ukraine zu verkürzen. Dazu hätten wirtschaftliche Maßnahmen im Technologie- und Rüstungsbereich ge-

nügt. Diese hätten auch ganz klar definiert und zeitlich begrenzt werden müssen. Anscheinend sind die Pläne aber weitreichender – angestrebt wird der Sturz des Putin-Regimes.

Revolutionäre Internationalist*innen lehnen diese Sanktionen ab, die in erster Linie die Bevölkerung Russlands treffen (durch die Verschärfung der ohnehin schon krisenhaften wirtschaftlichen Lage und die Umlenkung staatlicher Mittel in die Kriegswirtschaft). Das Beispiel des Iran zeigt, dass eine Politik der Embargos, wenn sie über einen längeren Zeitraum betrieben wird, zu Massenarmut, dem Zusammenbruch der medizinischen Versorgung und Hungersnöten führt. Zugleich sind sie Wasser auf die Propagandamühlen der Regimes, die eigentlich durch die Sanktionen gestürzt werden sollen.

Die „Beschlagnahmung“ oder das „Einfrieren“ der „Oligarchengelder“ ist auch eine Augenauswischerei. Solange das internationale Finanzkapital Steuer-oasen duldet und fördert, ist es Kapitalist*innen aller Länder möglich, große Teile ihres Vermögens sicher zwischenzuparken. Auch sei daran erinnert, dass in den Panamapapieren ukrainische Investor*innen auftauchen, unter ihnen Präsident Wolodymyr Selenskyj. Dass die Sanktionen imperialistischer Mächte klarerweise vor den Heiligen Kühen des Finanzkapitals haltmachen ist folgerichtig.

Klarerweise will die österreichische Bourgeoisie nicht zurückstehen, wenn es um die Militarisierung der Gesellschaft geht. Wir haben in den vergangenen Jahren gesehen, wie in den imperialistischen Ländern kontinuierlich die Polizei- und Geheimdienstapparate ausgebaut, die Armeen aufgerüstet und umstrukturiert und demokratische Freiheiten abgebaut werden.

„Über die geplante Erhöhung des Heeresbudgets wurde seit Beginn des Krieges in der Ukraine schon viel geredet. Nun hat Verteidigungsministerin Klau-dia Tanner (ÖVP) erstmals konkrete Zahlen genannt. Sie sprach bei der Präsentation des Berichtes ‚Risikoland-schaft Österreich 2022‘ am Donnerstag von einem Anstieg von derzeit 0,6 Prozent auf 1,5 Prozent des BIP in den kommenden fünf Jahren. Der Milizbeauftragte und Gastgeber der Veranstaltung im Raiffeisen-Haus, Erwin

Hameseder, forderte eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets ‚deutlich über ein Prozent und zusätzliche Investitionspakete, um die großen Versäumnisse der Vergangenheit rasch aufzuholen‘. Er verlangte auch eindringlich die Wiedereinführung der verpflichtenden Milizübungen. ‚Nur wer regelmäßig übt, kann seinen Auftrag erfüllen‘, so Hameseder.“. (www.salzburg24.at vom 7.4.2022)

Bemerkenswert an dieser Meldung sind nicht die finanziellen Gelüste der Ministerin – vielmehr das offene Wechselspiel zwischen „Verteidigungs“politik und Finanzkapital. Der erwähnte Erwin Hameseder ist langjähriger Manager des Raiffeisenkonzerns und seit Mai 2012 Obmann der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien. Ein SPÖ-Verteidigungsminister – Gerald Klug – machte ihn 2015 zum „Milizbeauftragten“, Hans Peter Doskozil (SPÖ) beförderte ihn gar zum Generalmajor (ein Rang, den bisher kein Milizoffizier innehatte). Klar – es wäre kindisch anzunehmen, dass Hameseder die Profite der RBI (Raiffeisen Bank International) in Osteuropa durch österreichische Truppen absichern möchte. Aber die Anbiederung des österreichischen Imperialismus an die NATO bei gleichzeitiger scheinheiligen Lippenbekenntnissen zur Neutralität hat ja schon Tradition. Die RBI, die in 13 zentral- und osteuropäischen Ländern aktiv ist, braucht wegen möglicher Abschreibungen aus dem Russland-Geschäft nicht zu zittern – sie fällt unter den Schutzschirm der österreichischen Banken. Das heißt: alle Lohnabhängigen, Pensionist*innen und Bezieher*innen von Sozialleistungen zahlen mit ihren Bankgebühren bei Verlusten mit.

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt trägt das kapitalistische Österreich eine weitere Maßnahme mit, die in allen EU-Staaten gilt:

„Die EU verbietet mit sofortiger Wirkung die Verbreitung der Inhalte der russischen Staatsmedien RT (vormals Russia Today) und Sputnik in der gesamten Europäischen Union. Die bislang beispiellosen Sanktionen gegen die Kremlmedien wurden am Mittwoch im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Es handele sich nicht um journalistische Medien, sondern um Waffen des Kremls in seiner Aggression gegen die Ukraine und in einem Informations-

krieg gegen die EU, hatte ein EU-Beamter in Brüssel am Dienstag zur Begründung des Schritts erklärt“. (www.rnd.de vom 2.3.2022)

Ohne in irgendeiner Weise die Inhalte der Medien des imperialistischen Russland zu verteidigen, müssen wir als Marxist*innen aus prinzipiellen Überlegungen gegen jede Form von Zensur auftreten. Im konkreten Fall wird sichtbar, wie leicht es Regierungen fällt, missliebige Meinungen zu unterdrücken, indem sie zu „Waffen im Infowar“ erklärt werden. Wenn wir an die Berichterstattung von privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten während der US-geführten Kriege gegen Afghanistan und den Irak, der meisten westlichen Medien zu Palästina, die Medienkampagne zur Unterstützung der reaktionären Opposition in Venezuela etc. denken, zeigt sich die Klassenlogik dieser Zensurpolitik sonnenklar. Was der imperialistischen Bourgeoisie konjunkturell nicht passt, wird unterdrückt.

Eine weltweite Pandemie, der imperialistische Überfall auf die Ukraine, die Verschärfung der weltweiten interimperialistischen Widersprüche – das sind klare Indizien, dass das kapitalistische System am Ende ist. Fallen wird es aber nur, wenn sich die „Verdammten dieser Erde“ erheben: unter einer internationalen revolutionären Führung, welche die Lehren der vergangenen Revolutionen gezogen hat. Diese neue revolutionäre Arbeiter*innen-internationale gilt es aufzubauen!

Die internationale proletarische Solidarität immer weiter auszubilden und zu festigen, den Klassenkampf immer intensiver und leidenschaftlicher zu gestalten, immer mehr bereit zu sein, mit allen Mitteln, koste es, was es wolle, dem Imperialismus entgegenzutreten, das ist meiner Überzeugung nach ein sehr guter und sicherer Schutzwall gegen die Völkerverhetzung der herrschenden Klassen, und wir können nichts Besseres tun gegen die Kriegsgefahr, als den herrschenden Klassen keinen Zweifel zu lassen, welche gewaltige wirtschaftliche, politische und soziale Gefahren sie durch die Entzündung eines Weltenbrandes über sich heraufbeschwören...

Karl Liebknecht, 1912

Inflation - Taschendieb des Kapitals

Inflation spielt in der Politik und in der Wirtschaft eine konstante Rolle. Spätestens seit den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts ist sie speziell in den deutschsprachigen Verliererstaaten des 1. Weltkrieges in äusserst schlechter Erinnerung und dementsprechend gefürchtet. In letzter Zeit schaffte es der auch Teuerung genannte Effekt wieder vermehrt in die Schlagzeilen, und das dürfte sich auch in naher Zukunft nicht ändern.

Was ist Inflation?

Die Preissteigerungsrate, Teuerung oder eben Inflation beschreibt, wie viel Waren nach einer bestimmten Zeit noch für das selbe Geld gekauft werden können. Soweit so gut, soweit so einfach. Es geht also um Waren, nicht die Preisveränderung einzelner Güter. Somit findet ein sogenannter Warenkorb als Referenz Anwendung. Was da drinnen ist und wie das dann gewichtet wird, legt in Österreich die Statistik Austria an Hand bestimmter Kriterien fest. Über 700 Positionen sind darin berücksichtigt und sollen das Konsumverhalten eines österreichischen Durchschnittshaushaltes abbilden. Wenn man hier die unterschiedliche Kaufkraft der einzelnen Haushalte in Betracht zieht, kommt es hier zu starken Verzerrungen bei der tatsächlich wirksamen Teuerung speziell für Haushalte mit geringer Kaufkraft. Diese Einflüsse sollen durch einen Mikrowarenkorb (3,71 % des Warenkorbes) mit 20 Posten für den täglichen Einkauf und durch einen Miniwarenkorb (15,82 % des Warenkorbes) mit 70 Positionen entsprechend einem wöchentlichen Einkauf besser dargestellt werden. Diese Varianten mögen zwar im Alltag eine deutlich wichtigere Rollen einnehmen, in der öffentlichen Debatte treten sie allerdings höchstens als Randerscheinungen auf. Der zweite wichtige Faktor ist der Zeitraum, in dem die Beobachtung bewertet wird. Bezugspunkt ist hier meistens der jeweilige Monat des Vorjahres: entsprechende Änderungen wirken sich demnach mit einer gewissen Verzögerung aus. So wird bei Lohnverhandlungen in der Regel nur die bereits eingetretene Teuerung berücksichtigt - die Lohnabhängigen gehen also in Vorleistung.

Folgen der Inflation

Da die Inflation einen wichtigen Indikator für viele weitere Entscheidungen zur Preisentwicklung darstellt, ist dessen Be-

stimmung auch zutiefst politisch. So wird der Kategoriemietzins angehoben, sobald die zurückliegende Inflation mehr als 5 % beträgt - das betrifft immerhin ca. 300.000 Haushalte. Wobei das Wohnen selbst ja auch Teil des Warenkorbes ist, und somit auch die Inflation direkt weiter treibt. Weiters wird die Inflation von der Gewerkschaft ins Spiel gebracht, wenn es alle Jahre wieder um die Kollektivvertragsverhandlungen geht. Nach einer auf den langjährigen Gewerkschaftsvorsitzenden Anton Benya zurückgehenden Formel soll die Lohnerhöhung die Preissteigerung abgelenken sowie die Hälfte der erzielten Produktivitätssteigerung beinhalten. Während der KV-Verhandlungen geben sich die Gewerkschaftsvertreter betont kämpferisch, nach den Abschlüssen stets erschöpft, aber glücklich über die errungenen Erhöhungen. Wenn man die Ergebnisse aber den nackten Zahlen gegenüberstellt bleibt nicht viel Positives für Lohnabhängigen über: die Lohnquote, also der Anteil der Löhne am Nettoinlandsprodukt, sank von 77,2% 1977 auf 68,4 % 2017. Dabei steigt die Anzahl der unselbständig Erwerbstätigen kontinuierlich an: von 3,141 Mio. 1994 (das entspricht 39,62 % der Gesamtbevölkerung) auf 3,772 Mio 2020 (42,38% der Gesamtbevölkerung). Im Vergleich dazu die selbständig Erwerbstätigen 1994: 0,513 Mio. (6,47 %) und 2020: 0,525 Mio. (5,90 %)(Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen). Eine stetig wachsende Anzahl von Menschen muss sich ein immer kleineres Stück des Kuchens teilen - das war sicher nicht die Absicht der Benya-Formel. Darüberhinaus werden viele weitere Begehrlichkeiten bei höherer Inflation geweckt, man muss ja schließlich die gestiegenen Kosten bezahlen. Dass sich hier der Stärkere besser durchsetzen kann, liegt in der Natur des Kapitalismus begründet:

• *der oft offensichtliche und fast schon peinliche Durchgriff auf Medien aller Art*

zur Verbreitung der passenden Message, heutzutage sagt man auch gerne "Erzählung" dazu - da ist es nicht mehr weit zur Märchenstunde für alle;

- *durch die gut dotierten Körperschaften mit der richtigen Parteilinie;*
- *Lobbying auf allen Ebenen, wer es sich eben leisten kann;*
- *die schiere Kapitalmacht - das scheue Reh will gehegt und gepflegt sein;*
- *und, man höre und staune, die Mitarbeiter - jedoch nur als Drohkulisse, da man sie ja leider nicht mehr halten könne, sollte den Wünschen nicht entsprochen werden.*

Ursachen

Über die Gründe, warum es zu Inflation kommt, gibt es viele Theorien, je nachdem, welcher Denkschule man angehört. Das weist aber auch gleichzeitig darauf hin, dass man es eigentlich nicht weiss: den sollte eine Theorie nicht stimmen, müsste sie ja fallen gelassen werden. Und wäre eine Theorie bezüglich der Inflation zutreffend, bräuchte es keine weiteren mehr. Nun ist die Inflation aber nur jeweils ein Aspekt der diversen ökonomischen Ansätze, wenn auch einer mit ziemlich starken Auswirkungen für alle Teilnehmer. Umso wichtiger wäre es, hier eine brauchbare Ursache festlegen zu können. So sagen die Monetaristen als Schüler von Milton Friedman, dass eine Ausweitung der Geldmenge zu Inflation führt: die Geldmenge wurde aber über Jahre ohne sonderliche Auswirkung erhöht. Die Neukeynesianer sehen diesen Einfluß zumindest als langfristig gegeben: auch dafür gibt es noch keine zwingende Bestätigung. Die Keynesianer wiederum sehen einen gegenläufigen Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit nach der sogenannten Phillips-Kurve: auch diese Abhängigkeit ist nicht viel treffsicherer als würde man das Ergebnis würfeln. Man sieht schon, die Wirtschaftswissenschaften als Teilgebiet der Sozialwissenschaft bieten hier wenig Grund für Vertrauen. Alternativen finden in der aktuellen Betrachtung der Experten wenig Beachtung: Etwa die sogenannte österreichische Schule nach Ludwig von Mises, die in der ungedeckten Geldschöpfung an sich den Treiber für die Inflation ausmacht. Oder aus der

klassischen Beobachtung stammende Ansätze der Produktionskostentheorie: der Wert des Geldes, und somit der Preis, hängt von der notwendigen Arbeit ab, um diesen Wert, zum Beispiel Gold oder Silber, zu schaffen. Wenn aber Geld seine Bedeutung als Wertbewahrer verliert, wie es beispielsweise bei Papiergeld der Fall ist, kommt die Quantitätstheorie des Geldes ins Spiel: mehr Geld steht gleich vielen Waren gegenüber, womit die Preise steigen.

Vermeidung

Da also Inflation einen starken Einfluß auf die Wirtschaft hat, wird versucht, sie in überschaubaren Grenzen zu halten. Im Euroraum wird eine Inflationsrate von 2 % als Zielvorgabe schon seit Jahren nicht erreicht, sie lag immer darunter. Erst kürzlich stieg sie, durch eine aufkommende Wirtschaftskrise und der unmittelbar darauf auftretenden Corona-Pandemie getrieben auf die aktuell seit langem nicht gekannte Höhen von über 5 %. Im Wesentlichen wird standardmässig zu deren Kontrolle die Zinspolitik der Zentralbanken herangezogen, da sich der Hebel über die Geldmengensteuerung als wirkungslos erwies. So soll eine Erhöhung der Zinsen die Kredit-

menge und damit die Nachfrage reduzieren, bei einer Zinssenkung soll der umgekehrte Effekt eintreten.

Das Problem hierbei ist die hohe Verschuldung des Staates: steigen die Zinsen, steigen auch die Zahlungen für die Staatsschulden, was derzeit im Euroraum weitreichende Folgen hätte. Eine weitere Möglichkeit wäre die Einführung von Preiskontrollen, wie sie auch in letzter Zeit immer öfter ins Spiel gebracht werden. Das ist aber vor allem liberalen Geistern ein Dorn im Auge, da hier dem Staat wieder mehr Bedeutung zugemessen würde, und der ach so freie Markt darunter leiden müßte - wir erinnern uns noch gut an die Bankenrettungen, als der Eingriff des Staates dankend angenommen wurde...

Gut oder Böse

Was bedeutet jetzt Inflation für den einzelnen? Wenn Löhne laufend an das Preisumfeld angepasst werden, ist sie für die Lohnabhängigen kein Problem - nur haben wir keine derartige Situation. Daher sinkt der Wert des Geldes, eine Anpassung erfolgt mit Verspätung bei den nächsten Lohnverhandlungen. Hat man genügend Geld zur Verfügung, kann man

es entsprechend wertgesichert anlegen und damit auch einem Verlust entgehen. Günstig ist es für verschuldete Wirtschaftsteilnehmer, also auch den Staat, solange die Zinsen nicht zu stark steigen, denn damit können sie sich über längere Zeit elegant entschulden. Und hier liegt das eigentliche Problem, weshalb der Titel die Inflation auch zum Taschendieb macht: gerade jene mit geringem Einkommen und keinem Eigentum werden voll von der Inflation betroffen und verlieren. Für Schuldner und Besizende sind die Gefahren leichter zu bewältigen und sie können sogar noch davon profitieren.

- **Weg mit dem Fälscherindex und dem Fälscherwarenkorb**
- **Erstellung eines Warenkorbes durch Arbeiter*innen- und Konsument*innenkomitees, der die realen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend abbildet**
- **gleitende Lohnskala - automatische Anpassung der Löhne an die Teuerung**
- **Arbeiter*innenkontrolle über die Preisgestaltung, zunächst der Grundnahrungsmittel, Heizmittel etc.**
- **Offenlegung der Geschäftsbücher der Kapitalist*innen**

Das Programm der Gruppe KLASSENKAMPF

Ende 2019 fand die zweite ordentliche Konferenz der Gruppe KLASSENKAMPF (Sektion des CoReP) statt. Auf dieser Konferenz wurde das nun in gedruckter Form vorliegende Programm beschlossen.

Drei Monate nach dieser Konferenz brach die Corona-Pandemie mit voller Wucht über die arbeitende Bevölkerung, die lernende Jugend und die Arbeitslosen herein. Wir konnten diese Krise nicht vorhersagen. Sie hat nichts an der Gültigkeit unseres Programms geändert.



Geflüchtete und Klassengesellschaft

An Europas Grenzen wird seit Jahren tausendfach das Recht der bürgerlichen Demokratien gebrochen. Der diesbezügliche Fachbegriff lautet „pushback“ (es ist ein gewaltsames Zurückstoßen und Wegstoßen, was in Wirklichkeit mit einer Bedrohung an Leib und Leben der Betroffenen einhergeht) und ist eine begriffliche Verschleierung von Verbrechen, die an Menschen und letztlich der Menschheit von Seiten der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten begangen bzw. geduldet werden: in Griechenland werden Boote umgedreht, zurückgeschleppt und Menschen auf dem Meer ausgesetzt. In Kroatien prügelt der Grenzschutz Menschen zurück, die zuvor mit Wärmebildkameras aufgespürt werden. Und in Polen werden an der Grenze Stacheldrähte errichtet und Menschen mit Wasserwerfern zurückgetrieben oder, wenn sie sich bereits auf polnischem Gebiet befinden, gepackt und nach Belarus in die eisige Kälte zurückgebracht.

Österreich ist auch massiv von illegalen „pushbacks“ betroffen: erst im Februar hat das Landesverwaltungsgericht Steiermark in einem Fall eines jungen Somali, der obwohl um Asyl in Radkersburg angesucht dennoch gewaltsam nach Slowenien zurückgebracht wurde, entschieden:

„Die Zurückweisung des Beschwerdeführers in gröblicher Außerachtlassung des faktischen Abschiebeschutzes war rechtswidrig. Durch die Vorgangsweise der Sicherheitsorgane wurde dem Be-

Rechtsbruch oder systemisches Führungsversagen“

Nun wird seit Februar ein völkerrechtswidriger Krieg des autoritären Kreml-Herrschers Putin gegen die Ukraine geführt und große Teile der Zivilbevölkerung dieses Landes sehen sich gezwungen vor Bomben und Kriegsgräueln zu fliehen. Völlig zu Recht soll diesen Flüchtlingen und Vertriebenen unbürokratisch und solidarisch geholfen werden. Die Zivilgesellschaften der einzelnen Länder leisten hier einen be-

prozedur, einen Zugang zum Arbeitsmarkt und Bewegungsfreiheit innerhalb der EU. Davon konnten die seit 2015 angekommenen Afghan*innen, Syrer*innen, Iraker*innen, Jemenit*innen, Somalier*innen und andere nur träumen.

Die Rassismus-These, die im Falle Polens oder Ungarns, aber auch in vielen anderen Ländern augenfällig erscheint, wird in Wirklichkeit sogar von der Spitze der EU untermauert, wenn die Kommissionspräsidentin von der Leyen die griechische Grenzpolizei, die nichts als eine gemeine Schlägertruppe ist, als „Schutzschild Europas“ preist. Gleichzeitig gab es einen aktuellen Untersuchungsbericht des Europäischen Parlaments, wonach die Aktionen der militärisch bewaffneten Grenzschutzpolizei der EU, die Menschenjagd auf Boote mit Geflüchteten macht und sie hindert an die europäische Küste zu kommen, völkerrechtswidrig sind.

In Brüssel und den Regierungssämtern der Mitgliedsstaaten wird eine Agenda betrieben, wonach Menschen, die nicht aus Europa kommen, anders aussehen oder nicht-christlich sind, als Feinde der europäischen Lebensweise dargestellt werden. Diese Einstellung wird von faschistischen Bewegungen wie den Identitären, autoritären und faschistoiden Parteien wie FPÖ, FIDESZ, AfD, Rassemblement National etc. befeuert. Sie sprechen vom „Zuzug von Kulturfremden“, „Umvolkung“ oder einem „großen Austausch“. Ihren Rassismus tarnen sie nicht mehr plump nationalistisch, sie stellen eine „europäische weiße Rasse“ allen anderen gegenüber.

Diese Politik ist selbst im Rahmen des kapitalistisch geprägten Rechtsrahmens der UN, der EU und der europäischen Einzelstaaten rechtswidrig: Artikel 14 der universellen Deklaration der Menschenrechte der UNO legt das Asylrecht für jeden fest, der in seinem Land bombardiert, gefoltert oder verfolgt wird. „Pushbacks“ und die europäische politische Agenda hintertreiben dieses Recht von Flüchtenden, soweit sie nicht kaukasisch aussehen und christlich kulturalisiert wirken: ein Schutzsuchender aus

Die Bourgeoisie hetzt die Arbeiter der einen Nation gegen die der andern auf und sucht sie zu trennen. Die klassenbewussten Arbeiter, die begreifen, dass die Zerstörung aller nationalen Schranken durch den Kapitalismus unumgänglich und fortschrittlich ist, bemühen sich, die Aufklärung und Organisierung ihrer Genossen aus den zurückgebliebenen Ländern zu unterstützen.

W.I.Lenin, 1913

schwerdeführer ein fundamentales Recht auf Einleitung eines Asylverfahrens und damit eines Abschiebeschutzes genommen.“

Ein Sprecher der „asylkooordination österreich“ kommentierte das so:

„Die Entscheidung ist ein Paukenschlag, der nicht ohne Folgen bleiben darf. Der damalige Innenminister Nehammer und das Innenministerium können sich jetzt nicht mehr rauschummeln: Die neuerliche gerichtliche Bestätigung der illegalen Pushbackroute ist entweder ein eiskalt kalkulierter

wundernswerten Beitrag.

Dass allerdings von den Staaten der EU unmittelbar eine Zwei-Klassen-Gesellschaft der Flüchtenden geschaffen wurde, indem ukrainische Asylsuchende nicht nur sichtbar eine von staatlichen Stellen organisierte Willkommenskultur entgegengebracht, sondern auch ein zu den bisherigen Flüchtenden komplett unterschiedlicher Rechtsstatus geschaffen wurde, kann nur mit der Hypothese des Rassismus beantwortet werden.

Ukrainer*innen haben aufgrund ihres Reisepasses eine vereinfachte Einreise-

Afghanistan zum Beispiel hätte auf Basis der EU-Grundrechte-Charta, der Menschenrechtskonvention und des Flüchtlingsrechts (Genfer Flüchtlingskonvention 1951/67) an Europas Grenzen das Recht einen Asylantrag zu stellen. Dieses Recht wird ihm genommen, wenn die Grenzpolizei (Frontex) den staatlichen Auftrag hat, die Grenzen dicht zu machen und die Menschen wieder über die Grenzen zurück zu verfrachten.

Diese von den bürgerlichen Politspitzen betriebene Verletzung von internationalem Recht in Permanenz wird dann durch Grenzbeamte konkretisiert, wenn beispielsweise an den Grenzen Europas (Polen, Ungarn) mitten im ukrainischen Zustrom von Flüchtenden sogenanntes racial profiling vorkommt. Das bedeutet, dass Ordnungskräfte Personen aus der Menge herausfischen, die vom äußeren Erscheinungsbild nicht hineinzupassen scheinen wegen dunkler Hautfarbe, Verhaltensformen oder einer ungewohnten Sprache. Betroffen waren hier in den letzten Wochen an der Grenze zu Polen ausländische Studierende aus Nigeria, Marokko und Indien sowie Transitflüchtlinge aus Kriegsgebieten, die in der Ukraine bereits ein Bleiberecht hatten. Auch gab es Fälle von Ukrainer*innen, die ausdrücklich nicht mit solchen Personen im gleichen Übergangslager untergebracht werden wollten – die Zwei-Klassen-Gesellschaft der Flüchtenden in praxi also.

Ausfluss dieser europäischen Grundhaltung zu Flüchtenden ist auch die österreichische Politik der letzten Jahre, an der seit kurzem als verbindlich und weniger hart auftretende Bundeskanzler Karl Nehammer nicht unwesentlich beteiligt war. Als Innenminister statuierte er mit der Abschiebung einer bestens integrierten Schülerin ein Exempel der harten türkisen „Ausländerpolitik“ des Sebastian Kurz, der ja mit dem sogenannten „Schließen der Balkanroute“ berühmt-berüchtigt wurde. Keine Aufnahme von Menschen aus den griechischen Elendslagern in Moria oder Ablehnung jeglicher Übernahme des Asylstatus von verzweifelter Frauen aus Afghanistan nach der Rückkehr der Taliban im Jahr 2021 zählen hier auch zu der von Herrn Nehammer mitverantworteten Politik.

Dass es nicht die Mitgliedschaft zur

EU braucht, um menschenverachtende Politik abseits der eigenen in der bürgerlichen Rechtsordnung festgelegten Grundsätze zu betreiben, zeigte kürzlich das Vereinigte Königreich. Mit Ruanda, einem ostafrikanischen Land, dessen Regierung die gewaltsame Verfolgung Andersdenkender vorgeworfen wird, hat die Johnson-Regierung einen Deal geschlossen, wonach gegen Zahlung von Millionen von Pfund jede*r Geflüchtete, der in Großbritannien „illegal“ ankommt, sofort nach Ruanda ausgeflogen wird. Dort findet ein Asylverfahren statt. Bei positivem Bescheid werden die Geflüchteten in Gemeinden in Ruandas untergebracht. Bei einem negativem Ausgang des Asylverfahrens werden Geflüchtete in ihr Herkunftsland abgeschoben wird. Dass die Eindämmung der sogenannten illegalen Immigration mit dem Brexit – wie von Boris Johnson 2016 angekündigt – aufhören würde und jetzt eine weitere Verschärfung des rechten Kurses gefahren werden muss, weil sich populistische Versprechungen nie in der Realität bestätigen, sei hier nur am Rande erwähnt.

Allerdings hat das Vereinigte Königreich diesbezüglich mit dem sozialdemokratisch regierten Dänemark ein Vorbild innerhalb der EU. Bereits im Sommer 2021 wurde dort ein Gesetz über die Verbringung von Asylwerber*innen in Aufnahmezentren außerhalb der EU verabschiedet. Ebenfalls mit Ruanda wurde eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit im Bereich Asyl und Migration unterzeichnet. Das wird auch oft der SPÖ als ein Beispiel „vernünftiger“ sozialdemokratischer Politik vorgehalten.

Wir sind als Marxist*innen nicht nur theoretisch internationalistisch, sondern fordern auch praktisch offene Grenzen für Arbeiter*innen, die sich aufgrund welcher Unterdrückung auch immer auf den Weg machen. Zur Unterdrückung zählt natürlich auch die wirtschaftliche Ausbeutung in ihren Ländern durch nationale Regime oder den Imperialismus. Reisefreiheit und Niederlassungsfreiheit für alle Arbeiter*innen!

Theoretisch hat der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart im August 1907 mit Mehrheit beschlossen:

„Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder

Rassen vom Aufenthalt in einem Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren, weitest gehende Erleichterung der Naturalisation.“

Und Lenin 1913:

„...nur Reaktionäre können vor der fortschrittlichen Bedeutung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen.“ Die Migration „durchbricht die Muffigkeit und Zurückgebliebenheit des lokalen Lebens, die nationalen Schranken und Vorurteile (werden) zerstört und Arbeiter aller Länder in den großen Fabriken und Gruben Amerikas, Deutschlands usw. miteinander vereinigt.“

Praktisch haben die Bolschewiki nach ihrer Machteroberung im Oktober 1917 in Russland in der Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderierten Sowjetrepublik festgelegt:

„Ausgehend von der Solidarität der Werktätigen aller Nationen, gewährt die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik den Ausländern, die auf dem Territorium der Russischen Republik wohnen und einer Beschäftigung nachgehen, die zur Arbeiterklasse oder zu der keine fremde Arbeit ausnutzenden Bauernschaft gehören, alle politischen Rechte der russischen Bürger und ermächtigt die örtlichen Sowjets, solchen Ausländern ohne jegliche erschwerende Formalitäten die Rechte der russischen Staatsbürgerschaft zu verleihen.“

Wenn den bürgerlich-kapitalistischen Machthaber*innen in den europäischen Metropolen die marxistischen Konzepte zuwider sind, könnten sie sich aber zumindest an einem Säulenheiligen der westlichen Philosophiegeschichte orientieren: Immanuel Kant definierte 1795 in Königsberg den Begriff Hospitalität als das „Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines anderen wegen, von diesem nicht feindlich behandelt zu werden.“ Und in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ schreibt Kant, dass das „Besuchsrecht“ allen Menschen zustehe „vermöge des gemeinschaftlichen Besitzes der Oberfläche der Erde, auf der...niemand an einem Orte der Erde zu sein mehr Recht hat als der andere.“

Und das klingt eigentlich schon wieder recht marxistisch...



2. Erklärung des CoReP zum Krieg in der Ukraine

Nieder mit der russischen imperialistischen Invasion der Ukraine!

Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar markiert eine Beschleunigung und Verschärfung der interimperialistischen Auseinandersetzungen im Weltmaßstab. Er erinnert die Arbeiter*innen der ganzen Welt daran, dass die einzige historische Alternative zur Barbarei des niedergehenden Kapitalismus der organisierte Kampf für den Weltsozialismus ist.

Vom Zerfall der UdSSR bis zur Wiedergeburt des russischen Imperialismus

Ab 1989 akzeptierte die stalinistische Bürokratie der UdSSR die Wiedereinführung des Kapitalismus in Osteuropa; 1991 wandelte sie sich in eine kapitalistische Klasse (die Oligarchen) um, indem sie staatliche Unternehmen plünderte und mit Mafiosi fusionierte. Der junge russische Imperialismus hält Tschetschenien 1994-1996 und 1999-2000 gewaltsam im Griff, macht den westlichen Imperialismen die Kontrolle über seine Nachbarn streitig: Militärintervention in Moldawien 1991-1992, in Georgien 2008, gegen die Ukraine durch Annexion der Krim und Kontrolle eines Teils des Donbass 2014, Unterstützung des weißrussischen Despoten Lukaschenko gegen Proteste im Herbst 2020, in Kasachstan zur Unterstützung des Despoten Tokajew gegen mächtige Arbeiterproteste im Januar 2022. Aber auch weltweit, in Syrien an der Seite des blutigen Diktators El Assad, in Libyen zur Unterstützung des Satrapen Haftar über die Söldner der russischen kapitalistischen Wagner-Gruppe, die auch in der Zentralafrikanischen Republik, im Tschad und in Mali, in Mosambik und im Sudan agieren... Der Oberst an der Spitze der Wagner-Söldner, Outkin, der im Kreml verkehrt, ist ein erwiesener Nazi und russische Journalisten, die seine Machenschaften untersuchten, wurden ermordet.

Die aufstrebenden Imperialismen (Russland, China ...) stellen die Aufteilung der Welt in Frage. Sie können sich nur auf Kosten der etablierten Imperialismen (USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Japan...) halten oder ausdehnen. Für den russischen Staat bieten die Priorität, die der amerikanische Staat dem Kampf gegen den aufstrebenden chinesischen Kapitalismus einräumt, der relative US-Rückzug aus den Ländern Europas, Westasiens und sein ungeordneter Rückzug aus Afghanistan die Gelegenheit, die wirtschaftliche und militärische Umklammerung durch seine westlichen Rivalen zu lo-

ckern.

Der russische Kapitalismus steht gemessen am BIP weltweit nur an zwölfter Stelle, aber er umfasst große kapitalistische Konzerne (Rüstung, Energie, Einzelhandel, Automobilindustrie, Luftverkehr). Er unterdrückt nationale Minderheiten (Tschetschenen...) und verfügt über die zweitgrößte Armee der Welt, ein großes Atomwaffenarsenal und eine der am weitesten entwickelten Cyberkriegskapazitäten. Russland verfügt über riesige Öl- und Gasvorkommen und liefert 41% des Gases für das übrige Europa, davon 70% des Bedarfs Deutschlands, 80% in Ungarn, 100% in Österreich und der Slowakei ... Es ist der weltweit größte Getreideexporteur, der größte Nickel- und Palladiumproduzent, der drittgrößte Stahlexporteur...

Der russische Staat will den ukrainischen Staat zerstören

Putin hat ab Mitte November 2021 seine Truppen an den Grenzen der Ukraine zusammengezogen und gleichzeitig lügenrisch versichert :

Russland stellt für niemanden eine Bedrohung dar, wir kümmern uns um unsere eigenen Angelegenheiten und ergreifen gegebenenfalls Maßnahmen, um unsere Sicherheit zu gewährleisten, wenn es in der Nähe unserer Grenzen zu provokativen Aktionen unserer Gegner kommt. (Dmitri Peskow, Kremlsprecher, 14. November 2021)

Im November heizt Putin den Konflikt im Donbass zwischen seinen separatistischen Marionetten und der ukrainischen Armee an, beschuldigt die ukrainische Regierung, das Minsker Abkommen von 2015 zu sabotieren, das den Konflikt eigentlich beenden sollte. Biden, Macron, Johnson und Scholz erklären, dass sie im Falle eines bewaffneten Konflikts nicht militärisch eingreifen werden. Für den russischen Führer rückt es in greifbare Nähe, in der Ukraine zu intervenieren, ihre Regierung zu stürzen und anschließend Georgien direkt zu bedrohen.

Am 4. Februar sorgt Putin dafür, dass die diplomatischen und Handelsbeziehungen mit dem chinesischen Imperialismus verstärkt werden. Xi und Putin vereinbarten gemeinsam den Eintritt der internationalen Beziehungen in eine neue Ära". Seitdem bewegt sich der chinesische Imperialismus zwischen

einer vorsichtigen Unterstützung des russischen Imperialismus und der Verteidigung seiner eigenen Interessen.

Am 21. Februar erkennt Putin die abtrünnigen Republiken im Donbass offiziell an und erklärt, die Ukraine sei eine künstliche Schöpfung von Lenin und den Bolschewiki. Am 24. behauptet er entgegen der offensichtlichen Tatsachen, dass das ukrainische Regime nazistisch sei und im Donbass einen Völkermord an den Russen begonnen habe. Sofort starteten Panzer, Flugzeuge, Raketen und Bodentruppen in einer Stärke von etwa 150.000 Soldaten eine koordinierte Offensive.

Die westlichen Imperialismen haben selbst viele Kriege zu verantworten und tragen eine schwere Verantwortung

Die westlichen Imperialismen können Putin und dem russischen Staat keine Lektionen erteilen. Einerseits haben sie alle eine kriminelle Vergangenheit der Ausplünderung der Welt, der militärischen Interventionen im Ausland, der Besetzung anderer Länder und der Unterstützung despotischer Regime.

Andererseits nutzten der US-amerikanische Staat und seine NATO-Verbündeten den Zusammenbruch der UdSSR, um den russischen Staat militärisch zu bedrohen. So wurden Albanien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Montenegro, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn Mitglieder der NATO. Der Beitritt Georgiens war auf gutem Wege und die USA verteidigten den Beitritt der Ukraine. Im Dezember 2021 lehnten Biden, Johnson, Macron und Scholz die von Putin geforderte Neutralisierung Zentraleuropas ab.

Seit dem Beginn der russischen Offensive gegen die Ukraine haben die Imperialisten der USA, Frankreichs, Deutschlands, Großbritanniens usw. Wirtschaftssanktionen gegen die russische Wirtschaft verhängt und gleichzeitig die militärische Präsenz der NATO-Streitkräfte in den Nachbarländern Russlands und der Ukraine verstärkt. Die SPD-Grüne-FDP-Regierung beschließt, den Militärhaushalt Deutschlands massiv zu erhöhen, die anderen werden folgen.

Es lebe der proletarische Internationalismus! Es lebe der Widerstand des ukrainischen und des russischen Volkes!

Seit Beginn der russischen Invasion leistet die ukrainische Armee, die von Reservisten und Freiwilligen unterstützt wird, trotz eines sehr ungünstigen militärischen Kräfteverhältnisses Widerstand und verteidigt die belagerten Städte. Die Offensive der russischen Armee gestaltet sich schwieriger als erwartet. Die russischen Soldaten, von denen viele Wehrpflichtige sind, die angeblich gegen "Nazis" kämpfen, fallen in Wirklichkeit in ein "Bruderland" ein. Waffen wurden an die Bevölkerung der Ukraine verteilt, Arbeiter und Jugendliche organisieren sich zum Widerstand, stellen Molotowcocktails her, sorgen für Patrouillen und Kontrollen... Die russische Armee wird sich wahrscheinlich mit einem Partisanenkrieg auseinandersetzen müssen.

Trotz der giftigen Medienpropaganda und der Unter-

drückung durch Polizei und Justiz demonstriert ein Teil der Bevölkerung Russlands mutig schon heute seinen Widerstand gegen die Invasion.

Die Arbeiter*innen der ganzen Welt haben nichts von den angeblich friedensstiftenden Initiativen der verschiedenen westlichen Staaten zu erwarten, auch nicht vom bürgerlichen Staat Ukraine, der derzeit an den Grenzen Afrikaner*innen von Europäer*innen trennt, die aus dem Land fliehen wollen. Jener ukrainische Staat, der seit 2014 seinen nationalen Minderheiten grundlegende Rechte verweigert und faschistische Gruppen in der Armee duldet. Im Gegenteil, die westlichen Imperialismen bereiten neue Konfrontationen vor, und alle wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, die sie verhängen, werden vor allem die Arbeiter*innen in Russland und dann durch ihre wirtschaftlichen Auswirkungen auch die Arbeiter*innen in allen anderen Ländern belasten.

Die Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen können die Abhängigkeit des russischen Imperialismus vom chinesischen Imperialismus, der wirtschaftlich mindestens zehnmal so schwer wiegt, nur verstärken. Ein Erfolg des russischen Imperialismus in der Ukraine würde den chinesischen Imperialismus bei seinen Zielen im Chinesischen Meer und in Bezug auf Taiwan nur bestärken.

Jede imperialistische Bourgeoisie versucht, die Unterstützung ihrer Arbeiter*innenklasse für ihr wahnwitziges Wettrüsten und ihre militärischen und wirtschaftlichen Pläne zu gewinnen, indem sie die Arbeiter*innen in den verschiedenen Ländern gegeneinander aufhetzt, je nachdem, auf welcher Seite ihre Bourgeoisie steht. Aber ukrainische, russische, französische, amerikanische, polnische, weißrussische, rumänische ... Arbeiter*innensind untereinander keine Feinde!

Es lebe die Mobilisierung des russischen Proletariats und der Jugend gegen Putin, um den Bruderkrieg gegen das ukrainische Volk zu beenden!

- Keine nationale Einheit mit der Bourgeoisie! Einheitsfront der Arbeiterorganisationen gegen die imperialistische Intervention in der Ukraine! Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge aus der Ukraine und aus allen Ländern! Keine Diskriminierung der russischsprachigen Minderheiten in den baltischen Staaten!
- Russische Truppen raus aus der Ukraine! Abzug der amerikanischen, britischen, französischen, italienischen ... Truppen aus Mitteleuropa! Auflösung der NATO und der CSTO!
- Nieder mit dem Imperialismus! Arbeiter*innenrevolution! Sozialistische Vereinigte Staaten von Europa, Weltsozialismus!

1. März 2022



Erklärung des CoReP zur Ukraine

Auflösung der NATO und der OVKS! Ende der amerikanischen Einmischung in Europa und der russischen Einmischung in der Ukraine!

Stiefelgetrampel in Europa

Im April 2021 ließ der russische Präsident Putin 100.000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine aufmarschieren, um sie daraufhin wieder abzuziehen. Im November, das gleiche Spiel. Am 17. Jänner 2022 beginnt die belarussische Armee gemeinsam mit der russischen mit Truppenübungen. Am selben Tag beginnt der britische Premierminister Johnson mit der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine. Am 19. Jänner erklärt US-Präsident Biden, Putin wolle in die Ukraine einmarschieren. Am 21. Januar stattet die amerikanische Regierung, durch Vermittlung von Polen und Litauen, die ukrainische Armee mit hoch entwickelten Waffen aus, darunter Javelin-Panzerabwehrraketen. Am 2. Februar, im Rahmen des NATO-Militärvertrags, verstärkt Biden die Anzahl der amerikanischen Truppen in Europa um 3.000 (8.500 stehen bereits in Alarmbereitschaft). Die französische und die türkische Regierung (beide NATO-Mitglieder) fungieren als Vermittler, um eine Konfrontation zu vermeiden.

Ungeachtet dessen, was die russischen und chinesischen Medien verbreiten, stellt die Ukraine derzeit keine Gefahr für Russland dar. Auch wenn das US-Militär überlegen ist, will Biden heute keinen Krieg gegen Russland in Europa. Denn er führt die unter seinem Vorgänger Trump eingeleitete Ausrichtung amerikanischer Weltpolitik auf den Konflikt mit China weiter. Unterstützt durch einen Konsens zwischen den beiden großen bürgerlichen Parteien, begnügt er sich damit, mit Wirtschaftssanktionen zu drohen. Jedoch, Russland hat Vorkehrungen getroffen.

Seit 2014 haben die russischen Behörden die Kapazität ihrer Wirtschaft zur Überwindung eines möglichen gravierenden wirtschaftlichen Einbruchs erheblich erhöht, insbesondere für den Banken- und Finanzsektor. (Le Monde diplomatique, Februar 2022)

Ein Kollateralschaden der gegenseitigen Sanktionen wäre Westeuropa, das unter der Schließung des internationalen Zahlungssystems Switch leiden würde. Vor allem könnte die deutsche Wirtschaft durch einen Lieferstopp der für sie unverzichtbaren russischen Gasimporte ins Wanken geraten.

Was auch immer die amerikanischen und britischen Medien kommunizieren, Russland hat nicht die Absicht, in die Rest-Ukraine einzumarschieren und sie zu erobern. Mit seinen militärischen Manövern im Chinesischen Meer ist Mitteleuropa zu einer gefährlichen Zone geworden. Die Situation könnte außer Kontrolle geraten, in erster Linie zu Lasten der Menschen in der Ukraine und im Donbass. Johnson, Biden und Putin, alle drei versuchen, ihre interne Unbeliebtheit mit Demonstrationen nationaler Stärke auszugleichen. Rivalitäten zwischen kapitalistischen Mächten führen zu Instabilität und zu wachsenden Spannungen und bedrohen die Menschheit mehr denn je.

Der Versuch einer Einkreisung Russlands durch den US-Imperialismus

Der amerikanische Staat verteidigt nach innen und außen die Interessen seiner Bourgeoisie, er verteidigt nicht die Demokratie. Seine Verbündeten sind nicht nur oft despotisch, wie die heutigen Monarchen am Golf, nein, sie intervenierten mehr als einmal in anderen Staaten, um Regierungen zu stürzen, die ihren Interessen auf die eine oder andere Weise im Weg standen.

Nach dem Zusammenbruch ihrer japanischen und deutschen Rival*innen wandten sich die USA gegen den entarteten Arbeiter*innenstaat UdSSR mit der Absicht, dort den Kapitalismus wiederherzustellen und die Ausweitung der Revolution in Asien zu unterbinden. Sie schufen militärische Blöcke, darunter den Bagdad-Pakt in Westasien und das Verteidigungsbündnis SEATO in Ostasien. Die NATO, 1949 gegründet, sollte Westeuropa vor der Bedrohung durch die UdSSR schützen. In Wirklichkeit war es die „sowjetische“ Armee, die eingriff, um die revolutionäre Gefahr zu zerschlagen (Deutschland 1953; Ungarn 1956; Tschechoslowakei 1968).

Aufgrund der Unstimmigkeiten zwischen staatlichen und nationalistischen Bürokratien konnten die Vereinigten Staaten 1949 sogar die Jugoslawien-Karte ausspielen und 1971 die China-Karte, mit dem Versuch, die UdSSR zu isolieren. Da der Sozialismus in einem einzigen Land unmöglich ist und



NATO und Warschauer Pakt während des Kalten Kriegs

internationale Währungssystem von Bretton-Woods beendete.

Logischerweise hätte sich die NATO auflösen müssen, als sich die UdSSR auflöste (1989-1991). Auf jeden Fall versprach Bush Gorbatschow 1990-1991, dass die NATO nicht nach Osten expandieren würde. 1999 nahm sie jedoch Ungarn, Polen und die Tschechische Republik auf und intervenierte militärisch gegen Serbien, ein Verbündeter Russlands. Dann kündigte der amerikanische Staat seine Absicht an, seinen Raketenabwehrschirm in Osteuropa zu installieren. 2002 entsandten die USA unter dem Vorwand des Terroranschlags auf seinem Territorium mit Putins Zustimmung Truppen nach Zentralasien (Tadschikistan, Kirgisistan, Usbekistan). 2008 öffnete Bush die NATO für Georgien und die Ukraine, ohne damit Begeisterungstürme bei der

dadurch, dass die Arbeiter*innen nicht nur von der Macht verdrängt, sondern von der stalinistischen Bürokratie niedergeschlagen wurden, war die Planwirtschaft schließlich überall dem Untergang geweiht. Die privilegierte Kaste, die unter dem militärischen Druck der Vereinigten Staaten die

ukrainischen Bevölkerung auszulösen. 2014 kollaborierten Schweden und Finnland, offiziell neutral, intensiv mit der NATO. Am 8. Jänner 2022 bestätigt US-Außenministerin Blinken, die Aufnahme der Ukraine in die NATO zu unterstützen.



NATO-Mitgliedsstaaten 2020

Macht in der UdSSR an sich gerissen und ihre Basis in der Bevölkerung verloren hatte, unterwarf sich unter Gorbatschow dem deutschen Imperialismus (indem sie 1989 die Übernahme der DDR durch die BRD akzeptierte) und dem amerikanischen Imperialismus (um die Revolution in Südafrika und Nicaragua 1990 zu vermeiden). Schließlich entschieden sich die Privilegierten 1992 unter Jelzin für den Kapitalismus, ebenso die chinesische Bürokratie, was eine Zeitlang zur Stimulierung des Weltkapitalismus beitrug. Mit dem Erstarren des chinesischen Imperialismus beschleunigte Amerika seinen Niedergang, der bereits spürbar war, als Nixon 1971 das

Die Antwort des russischen Imperialismus

Der russische Staat verteidigt die Interessen seiner Bourgeoisie. Angesichts der schwachen Wirtschaftslage handeln die Spitzen der Regierung immer nationalistischer und klerikaler, immer weniger demokratisch. Die Regierung hat den Verein Memorial verboten. Sie verteidigt in keiner Weise nationale Minderheiten. Sie schweigt zur nationalen

Unterdrückung in China oder zur Verfolgung von Muslimen in Indien, opfert die kurdische Sache in Syrien, sobald es gilt, die türkisch-islamistische Regierung zu schonen, eignet sich die Krim ohne Rücksichtnahme auf das Schicksal der Tartar*innen und Ukrainer*innen an, negiert das Schicksal der Tschetschen*innen innerhalb der eigenen Staatsgrenzen.

Die russische Bourgeoisie (hervorgegangen aus öffentliches Eigentum plündernden Oligarchen und aus erfolgreichen Mafiosi) wurde unter Jelzin zuerst Opfer der Überlegenheit ihrer amerikanischen und europäischen Rivalen, die schnell die Volkswirtschaften Osteuropas, die wieder kapitalistisch geworden waren, eroberten. Aufgrund der Größe des Landes, seiner natürlichen Ressourcen, seines technischen Standards und Ausbildungsniveaus, seines militärischen Potenzials gelang es jedoch der Ausbeuter*innenklasse, unter der Ägide Putins (aus dem FSB hervorgegangener Ziehsohn Jelzins) ihre Unabhängigkeit gegenüber den USA, gegenüber den Nato-Staaten und auch gegenüber China zu bewahren.

Ab 1991 konnte sich Russland auf Transnistrien verlassen, dessen Bürokratie sich von Moldawien abgespalten hatte und das vor der Wiederherstellung des Kapitalismus unabhängig geworden war. Das Referendum 2006 entschied für den Anschluss an Russland. Transnistrien, an der Westgrenze der Ukraine gelegen, beherbergt heute Tausende von russischen Soldaten.

Um dem westlichen Sog entgegenzuwirken, versuchte der junge russische Staat 1991, eine Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu gründen. Angesichts seines Scheiterns gründete Putin 1995 die Eurasische Wirtschaftsunion (EAEU), eine Zollunion und einen gemeinsamen Markt, der heute Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan und Russland umfasst.

Zusammen mit China, Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan, Tadschikistan, Indien, Pakistan und Iran gründete Russland 2001 die Shanghai Cooperation Organization (SCO -Shanghai Organisation für Zusammenarbeit SOZ). 2002 schloss Russland ein Militärbündnis mit Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan: die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS). Im Januar hat die OKVS der Tokajew-Regierung in Kasachstan, das seine Autonomie gegenüber den Vereinigten Staaten, Russland und China verteidigen konnte, bei der Unterdrückung eines Arbeiter*innenaufstandes geholfen. Kasachstan ist jetzt enger mit Russland verbunden.

Russland gelang es von der militärischen Unfähigkeit der Europäischen Union (die EU hat keine eigene Armee und die meisten ihrer Staaten sind Mitglieder der von den Vereinigten Staaten geführten NATO) und von den Schwierigkeiten des amerikanischen Imperialismus (Venezuela, Irak, Afghanistan...), zu profitieren und den amerikanischen Griff zu lockern. Tatsächlich gibt es in Zentralasien keine US-Militärbasis mehr. Russland blockierte auch den Beitritt Georgiens und der Ukraine zur NATO. Die russische Armee intervenierte 2008 in Georgien und verhinderte mit der Abtrennung Südossetiens und Abchasiens als eigenständige Staaten eine georgische NATO-Mitgliedschaft.

2013 versuchte Russland, die ukrainische Regierung unter Janukowitsch wieder einzugliedern, aber eine Volksbewegung gegen die Unterordnung unter die Autorität Russlands und gegen Repressionen von dieser Seite, behinderte die

Operation. Entgegen dem Budapester Memorandum, das 1994 mit der Ukraine unterzeichnet wurde, fiel Putin in die Krim ein (seit den Deportationen der Tartar*innen unter Stalin mit einer russischen Bevölkerung) und schürte die Abspaltung des Donbass (größtenteils russischsprachig).

Russland rettete 2015 den Despoten Assad, bereits mithilfe des islamistischen Regimes im Iran. Im Gegenzug wurde der Militärstützpunkt in Tartous erweitert und modernisiert. Der russische Staat fasste 2020 auch in Libyen Fuß, indem er mithilfe der privaten Wagner-Miliz der ANL von Marschall Haftar gegen die GNA (Regierung der Nationalen Übereinkunft), die von der türkischen Armee und ihren aus Syrien exportierten dschihadistischen Hilfstruppen unterstützt wurde, den Rücken stärkte. 2020 musste in Belarus der Despot Lukaschenko, der bis dahin ein gewisses Gleichgewicht zwischen westlichem und russischem Imperialismus gewahrt hatte, angesichts von Volksdemonstrationen an seinen Nachbarn appellieren. Weißrussland wurde zu einem Satellitenstaat von Russland. Der russische Imperialismus versucht, dank der Söldner der Gruppe Wagner, den französischen Imperialismus in der Zentralafrikanischen Republik und in Mali zu verdrängen.

Dennoch ist der russische Staat angesichts der Schwäche seiner wirtschaftlichen Basis gezwungen, sich trotz gegenseitiger Differenzen, auf den chinesischen Imperialismus zu verlassen, um dem amerikanischen Imperialismus zu widerstehen. Daher die Erklärung von Peking vom 4. Februar, in der Putin und Xi erklärten, sie verkörperten eine „authentische Demokratie“ (sic) und wollten eine „multipolare Welt“ (d. h. eine Neuaufteilung der Welt, die nur zulasten der Vereinigten Staaten, Japans, Deutschlands, Frankreich, Großbritanniens..... gehen kann.).

Die Zerstückelung des ukrainischen bürgerlichen Staates

Die Restauration des Kapitalismus in der Ukraine verlief ähnlich wie in Russland (eine Bourgeoisie, die von Oligarchen und Gangstern abstammt, übrigens ist das Land seitdem eines der korruptesten der Welt geblieben). Zusätzlich kam es zu einem lokalen Nationalismus, der im Laufe des 20. Jahrhunderts dem deutschen Imperialismus immer in die Hände spielte (gegen die Macht der Sowjets und dann der bürokratisierten UdSSR) und oft einen antisemitischen und faschistischen Charakter annahm.

Der entstehende bürgerliche Staat profitierte wie die Staaten Weißrussland und Litauen davon, dass der wiederauferstandene bürgerliche Staat Polen 1991 auf seine Ostgebiete aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg verzichtete.

Die Unabhängigkeit in den von der UdSSR geerbten Grenzen (einschließlich Donbass und Krim) wurde 1994 von Russland im Austausch für den Verzicht von Atomwaffen (ebenfalls von der UdSSR geerbt) anerkannt. Die meisten ukrainischen Staatsangehörigen waren zweisprachig (sie sprachen Ukrainisch und Russisch).

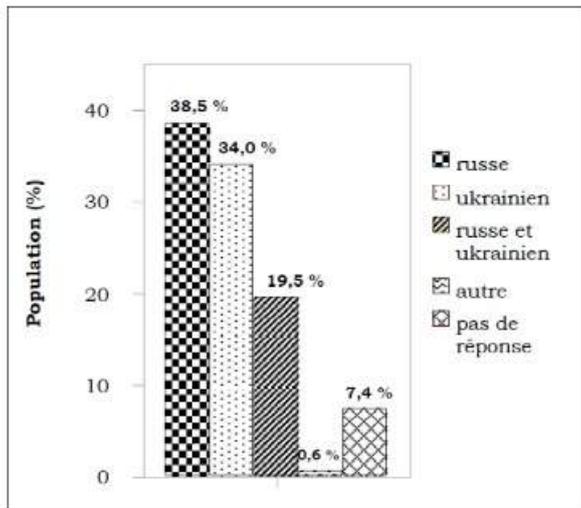


Figure 2 : Langue de communication au travail
Source : Sondage réalisé en décembre 2002 par l'UCEPS

Natalya Shevchenko, „Die Geschichte der Zweisprachigkeit in der Ukraine und ihre Rolle in der heutigen politischen Krise“, Cahiers Sens Public Nr. 17, 2014

Wie Weißrussland, Kasachstan und viele andere versuchte der ukrainische bürgerliche Staat in den ersten Jahren seines Bestehens, unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Verbindungen nach West und Ost, zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten (in seinem Fall vor allem USA, Russland, Deutschland) taktisch zu operieren. Als der ukrainische Kapitalismus von der globalen kapitalistischen Krise von 2008 erschüttert wurde – sein BIP fiel 2009 um 15 % – wurde er massiv vom westeuropäischen und russischen Imperialismus unterstützt. Die Banken wurden gerettet und das Land mit Energie zu einem günstigen Preis versorgt.

Dieses instabile Gleichgewicht geriet 2013 nicht durch die NATO-Frage ins Wanken, sondern durch die Konkurrenz zwischen zwei scheinbar wirtschaftlichen Projekten, der Europäischen Union (EU) und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU). Die 1957 gegründete EU ist das fortgeschrittenste regionale Abkommen der Welt. Unter der gemeinsamen Leitung des deutschen Imperialismus (wirtschaftlich stärkster) und des französischen Imperialismus (wirtschaftlich zweitrangig, aber militärisch überlegen) brachte die EU 28 Staaten zusammen, darunter viele ehemalige Wirtschaftspartner der UdSSR (Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien), sogar Republiken, die zuvor der UdSSR (Estland, Lettland, Litauen) oder Jugoslawien (Kroatien, Slowenien) angegliedert waren.

Der 2010 gegen Timoschenko gewählte Präsident Janukowitsch wurde immer autoritärer und beendete 2013 die für die Wirtschaft im Donbass besonders nachteilige Kooperation mit der EU, um ein kurzfristig günstigeres Abkommen mit der EAEU zu treffen.

Die Ukraine amputiert von Russland, hofiert vom westlichen Imperialismus

Doch während eine Minderheit der Bevölkerung, vor allem im Südosten, damit einverstanden war, zog der Großteil der

Bevölkerung, vor allem im Westen, die erste Lösung vor.

Es folgten Demonstrationen, die in Kiew gewaltsam unterdrückt und zunehmend von faschistischen Gruppen instrumentalisiert wurden: PS (Rechter Sektor, eine Föderation faschistischer Gruppen) und OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten Banderas, eine alte Organisation, die mit dem Naziregime kollaborierte). Am Donnerstag, dem 20. Februar 2014, wurden 75 Menschen von unbekanntem Schützen getötet. Janukowitsch wurde am 22. Februar von der Rada (ukrainisches Parlament) seines Amtes enthoben und floh nach Russland.

Am 23. Februar 2014 entzog die Rada dem Russischen (zusammen mit mehreren anderen Regionalsprachen, darunter Rumänisch) in 13 von 27 Regionen den Status einer Amtssprache. Sie ratifizierte eine provisorische Regierung unter Beteiligung einiger Faschisten und schließt ein Abkommen mit der EU ab.

Der russische Imperialismus revanchierte sich, indem er die Krim am 27. Februar annektierte und mit allen Mitteln den Aufstand prorussischer Separatist*innen (unter ihnen ebenfalls Mafiosi und Faschisten) in der Ostukraine unterstützte. Die Ostukraine ist nach Kiew die am dichtesten besiedelten Region, die aus einer Minderheit an russischstämmiger und aus einer Mehrheit an russischsprachigen Einwohnern besteht. Ein Teil der Regionen Donezk und Lugansk wurden im Mai 2014 nach umstrittenen Referenden zu unabhängigen Republiken (DNR und LNR) erklärt.

Da die ukrainische Armee für die Konfrontation mit ihren Mitbürgern schlecht gerüstet war, schuf die Regierung eine Nationalgarde gegen die Separatist*innen. Die Nationalgarde wird von „Freiwilligeneinheiten“ unterstützt, darunter das Donbass-Bataillon, das Dnipro-Bataillon (einschließlich amerikanischer Söldner und PS-Faschisten), das Aidar-Bataillon (eine Mischung aus Banditen und Faschisten), das Dzhokhar Dudayev-Bataillon (bestehend aus tschetschenischen Islamisten), die Georgische Legion (ein Name, der 1941 von georgischen Hilfstruppen der deutschen Armee übernommen worden war), das Asow-Bataillon (bestehend aus Nazis aus mehreren Ländern), das OUN-Bataillon, das PS-Bataillon ...

Am 5. September 2014 unterzeichneten die Vertreter der Ukraine, Russlands, der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk auf Druck Frankreichs und Deutschlands das Minsker Abkommen, das die Beendigung der Feindseligkeiten, die Einführung des Föderalismus und die Freilassung aller Gefangenen und eine Amnestie vorsah. Der Konflikt hat an Intensität abgenommen, aber kein Ende gefunden. Die Annexion der Krim und der Bürgerkrieg vertrieben 1,5 Millionen Menschen. Der Konflikt forderte fast 8.000 Todesopfer.

Der russische Staat hat seinerseits die Gründer der „Volksrepubliken“ beseitigt: Bolotov (LNR) trat im August 2014 zurück und Sachartschenko (DNR) wurde im August 2018 Opfer eines Anschlags. Seit 2014 wurden auf der Krim 230 Menschen (darunter etwa 160 Tataren) aus politischen Gründen inhaftiert. Der russische Staat hat die Medjli, die Versammlung der Tataren, verboten. Den Repräsentanten der Gemeinschaft wurde der Zugang verweigert. Seit der Annexion

dürfen die Tataren ihre Kundgebung am 18. Mai zum Gedenken an die Deportation ihrer Vorfahren durch Stalin nicht mehr veranstalten. Der russische Staat bewaffnet die separatistischen Truppen, unterstützt sie durch geheimdienstliche Aufklärung und führt einen permanenten Cyber-Guerillakrieg gegen die Ukraine.

Im Oktober 2014 erhielten die drei faschistischen Parteien bei den Parlamentswahlen (ohne die Krim und den größten Teil des Donbass) nur 10 % der Stimmen. Die Kiewer Regierung, der keine Faschisten mehr angehören, hat sich nicht bereit erklärt, dem Donbass Autonomie zu gewähren. Sie säuberte den Staatsapparat von seinen vielen pro-russischen Elementen. Sie integrierte die Freiwilligenbataillone in die offizielle Armee, auch wenn dies bedeutete, ausländischen Kämpfern die ukrainische Staatsbürgerschaft zu gewähren. Im Februar 2017 kam es zu Zusammenstößen zwischen der ukrainischen Regierung und faschistischen Bataillonen, die beschlossen hatten, die Grenze zu den Separatistengebieten zu blockieren.

Kanada, ein Mitglied der NATO, trainiert und rüstet die ukrainische Armee aus. Die in Syrien und Libyen mit Russland konfrontierte Türkei verkauft Drohnen an die Ukraine, die sich im April 2020 im siegreichen Krieg Aserbaidschans gegen Armenien bewährt haben.

Im April 2019 ließ sich Zelensky zum Präsidenten wählen und versprach ein Ende der Korruption und den Frieden. Zwar hätte er gerne den Donbass zurückerobert, aber er befürchtete auch, dass die ukrainische Armee in einen ungleichen Kampf mit der russischen Armee hineingezogen worden wäre, währenddessen Biden sie im Stich gelassen hätte. Deshalb fordert er Putin auf, „Schritte zu unternehmen“ und seine Verbündeten „keine Panik auszulösen“.

Die Wahrscheinlichkeit des Angriffs besteht, sie ist nicht verschwunden, und sie war im Jahr 2021 nicht weniger bedrohlich, aber wir sehen keine größere Eskalation als im letzten Jahr. Wir brauchen diese Panik nicht. (Volodymyr Selenskyj, Pressekonferenz, 28. Januar 2022)

Die Aufgabe der Arbeiter*innenbewegung

Unter den Demonstranten in Kiew und im Donbass 2014, unter den Demonstranten und Streikenden in Belarus 2021 waren wohl viele Arbeiter*innen, aber sie hatten kein Instrument, mit dem sie kämpfen konnten, keine eigene Partei. Sie waren gespalten, untereinander zerstritten und fanden sich, einer wie der andere, als Werkzeuge lokaler bürgerlicher Kräfte, ihrer eigenen Ausbeuter*innen wieder, zermahlen im Kampf zwischen den imperialistischen Mächten, die die Welt in den Untergang führen.

Anderswo haben sich die aus der Arbeiter*innenklasse stammenden Organisationen, anstatt einen unabhängigen, revolutionären und internationalistischen Weg einzuschlagen, verbündet und verbünden sich heute noch, entweder mit der russischen Bourgeoisie oder mit der westlichen Bourgeoisie. Das Problem ist weder, dass der Donbass militärisch schwächer ist als die Ukraine, noch dass die Ukraine schwächer als Russland ist, noch dass Russland schwächer als

die Vereinigten Staaten ist. Es stellt sich die Frage nach der Teilung der Welt zwischen imperialistischen Mächten, die die Last des Militarismus auf dem Rücken der Produzent*innen und ein enormes Potenzial an konterrevolutionären und zerstörerischen Kräften mit sich bringt. Der faulende Kapitalismus begünstigt ständig zahlreiche lokale Kriege und hat bereits zwei Weltkriege mit dem Einsatz aller verfügbaren Waffen seiner Zeit verursacht.

Die Arbeiter*innen der ganzen Ukraine müssen sich zusammenschließen, unabhängig davon, welche Sprache sie sprechen, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, und sie müssen ihre Hand den Arbeiter*innen Polens, Russlands, Moldawiens, Weißrusslands, Rumäniens, der Slowakei, Ungarn, den Arbeiter*innen ganz Europas entgegenstrecken und sie für den gemeinsamen Kampf gewinnen. Ohne eine revolutionäre Arbeiter*inneninternationale werden die Arbeiter*innen Osteuropas und der übrigen Welt Gefangene der unentwirrbaren Verstrickung gegensätzlicher Nationalismen bleiben, die Arbeiter*innen der Welt werden weiterhin zwischen den verschiedenen Cliquen ihrer Ausbeuter*innen hin- und hergerissen werden. In der Ukraine müssen wir wie anderswo eine vom Marxismus inspirierte Partei aufbauen, die wieder an die internationalistische Tradition des Bolschewismus anknüpft.

- Einheitsfront aller Arbeiter*innenorganisationen gegen die Gefahren des interimperialistischen Krieges in Europa und Ostasien!

- Alle amerikanischen Truppen raus aus Europa! Nieder mit der Nato!

- Abzug der russischen Truppen von der Krim und der ukrainischen Grenze! Nieder mit der OVKS!

- Zurück zum sprachlichen Pluralismus auf der Krim, in der ganzen Ukraine! Respekt gegenüber den tatarischen, russischen, weißrussischen, moldauischen, jüdischen, ungarischen, rumänischen Minderheiten, den Romnja und Roma...!

- Streichung aller Schulden der Ukraine! Arbeiter*innenkontrolle! Enteignung der kapitalistischen Gruppen der Ukraine, einschließlich des Donbass! Auflösung der ukrainischen und sezessionistischen Armeen durch Bewaffnung der Arbeiter*innen! Arbeiter*innenregierung!

- Weder nationale Zersplitterung, noch Europäische Union, noch Eurasische Wirtschaftsunion: Vereinigte Sozialistische Staaten von Europa!

6. Februar 2022

Kollektiv Permanente Revolution (CoReP)

Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei

Erklärung des CoReP zum 8. März

ARBEITERINNEN, ORGANISIERT EUCH FÜR DEN WELTSOZIALISMUS !

In allen Ländern hat sich die Lebenssituation der arbeitenden Frauen durch die Wirtschaftskrise 2020/21 und die COVID-Pandemie, die noch nicht ausgestanden ist, verschlechtert. Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, inflationsbedingter Kaufkraftverlust, erschwelter Zugang zu angemessenem Wohnraum und die Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen sind Geißeln, welche die gesamte Arbeiterklasse betreffen. Sie sind jedoch für weibliche Arbeiter insgesamt akuter, da sie bei diesen von einer Situation größerer Unsicherheit und niedrigerer Löhne ausgehen.

Darüber hinaus leiden Frauen nach wie vor unter den Auswirkungen der sozialen Unterdrückung durch das patriarchalische System, die von den Priestern aller Religionen gestützt wird. In vielen Gebieten bestehen weiterhin rechtliche Ungleichheiten gegenüber Männern, Genitalverstümmelungen, das Verbot von Empfängnisverhütung und Abtreibung. Überall zwingt der männliche Chauvinismus den Frauen zusätzliche Hausarbeit und die Pflege von Kindern, Kranken und Angehörigen auf. Frauen sind Opfer sexualisierter Gewalt - als Migrantinnen, durch zahlreichen Bürgerkriege (Birma, Jemen...) oder Invasionen (Jemen, Ukraine...). Missbrauch und sexistische Morde werden weiterhin auch in Ländern begangen, die sich selbst als "sozial fortschrittlicher" betrachten.

In einigen Ländern (auch in den USA) gibt es Unternehmen, die "Farmen" mit armen Frauen betreiben, die Kinder für den weltweit Bestbietenden gebären. Bevorzugte Opfer globaler Menschenhandelsnetze für Prostitution und Sklavenarbeit sind Frauen und Mädchen (65 % der insgesamt aufgedeckten Fälle laut dem). Der kapitalistische Horror kennt keine Grenzen bei der Kommerzialisierung von Allem, auch von Menschen, insbesondere von Frauen.

Der Machismo ist ein gutes Geschäft für die vom Kapital beherrschte Gesellschaft: Er spaltet die Arbeiter*innenklasse, er drückt die Löhne, er lenkt die persönliche Wut auf einen schwachen Sündenbock, anstatt auf die Macht der Ausbeuter*innen. Alle Religionen rechtfertigen dies, indem sie die Frauen mit großem Aufwand zur doppelten Unterwerfung erziehen - gegenüber dem Boss und gegenüber den Männern.

Deshalb sind die Verbesserungen, die in mehr als einem Jahrhundert erreicht wurden, nicht vom Himmel gefallen oder Ergebnis der Großzügigkeit der Herrschenden. Sie wa-

ren das Ergebnis wichtiger Kämpfe, die in den Klassenkampf des bewussten und organisierten Proletariats eingebettet waren. Die Pariser Kommune (1871) und die Russische Revolution (1917) haben die arbeitenden Frauen zum Subjekt der Geschichte und ihre vollständige Befreiung zu ihrer Aufgabe gemacht und für die Zukunft große Errungenschaften zu Meilensteinen gemacht, die erst viel später mit großen Anstrengungen und teilweise in einigen Ländern erreicht wurden: rechtliche Gleichstellung, politische Rechte, Gewerkschaftsfreiheit, Gleichstellung von ehelichen und außer-ehelichen Kindern, das Recht auf Abtreibung, Sorgerecht und Schutz der Kinder.

Während das revolutionäre Russland 1917 das erste Land der Welt war, in dem die Abtreibung legalisiert und in die Hände der öffentlichen Gesundheitsfürsorge gelegt wurde, hat es in Spanien, Argentinien oder Kolumbien in den letzten Jahren enorme Mobilisierungen erfordert, um dies zu erreichen. Und in allen Ländern, in denen sie legal ist, wird die Abtreibung (z.B. USA, Polen), wie viele andere soziale Errungenschaften, von den reaktionärsten bürgerlichen Kräften ständig in Frage gestellt. Die Lage der Frauen hat sich besonders in den Städten Afghanistans massiv verschlechtert.

Der heutige bürgerliche und kleinbürgerliche Feminismus glaubt jedoch, wie der Feminismus von vor einem Jahrhundert, keine Klassenunterschiede zu kennen, und geht von der "Einheit" aller Frauen aus. So können sie bequem mit der kapitalistischen Ausbeutung leben und davon träumen, dass mögliche Reformen nicht bei der ersten Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen gefährdet sind.

Mit Eleanor Marx, Clara Zetkin, Alexandra Kollontai, Rosa Luxemburg, Inessa Armand und vielen anderen Revolutionärinnen sagen wir es deutlich:

Was wollen die Feministinnen? Die gleichen Privilegien, die gleiche Macht, die gleichen Rechte in der kapitalistischen Gesellschaft, die ihre Ehemänner, Väter und Brüder jetzt haben.

Was wollen die Arbeiterinnen? Abschaffung aller durch Geburt oder Reichtum bedingten Privilegien. Der Arbeiterin ist es egal, wer der "Herr" ist, ein Mann oder eine Frau. Nur gemeinsam mit ihrer ganzen Klasse kann sie ihre Stellung als Arbeiterin verbessern (Frauentag, Alexandra Kollontai, 1913, Marxistisches Internet-Archiv).



Um die Unterdrückung der Frauen für immer zu beenden, ist es notwendig, den Klassenkampf gegen das Kapital zu führen und für eine Gesellschaft zu kämpfen, deren wirtschaftliche Grundlagen nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung einer Klasse durch eine andere sind. Dazu müssen sich die Arbeiterinnen organisieren, sich am Aufbau der Arbeiter*innenpartei beteiligen, welche die Revolution anführen und alle Privilegien aufgrund von Geburt oder Reichtum abschaffen wird.

- Für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Frauen in allen Ländern.
- Verteilung der Arbeit auf alle, durch Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnsenkung, bis die Arbeitslosigkeit beseitigt ist. Gegen prekäre Arbeit. Wirkliche Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen.
- Automatische Wiederherstellung der durch die Inflation verlorenen Kaufkraft. Löhne, Sozialleistungen und Renten, die allen Arbeitnehmern ein angemessenes Leben ermöglichen.
- Angemessene, kostenlose und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen für Arbeiter beiderlei Geschlechts beim öffentlichen Transport von und zur Arbeit, der Kinderbetreuung und der Pflege von Kranken und Pflegebedürftigen.
- Angemessener Wohnraum für alle Arbeiter*innen.
- Sofortige Beseitigung aller Religion aus den Schulen. Für ein einheitliches, öffentliches, säkulares, kostenloses und koedukatives Schulsystem. Für eine wissenschaftliche Sexualerziehung, die auf Liebe und Respekt für die eigene se-

xuelle Freiheit und die der anderen beruht, unabhängig von der eigenen Orientierung.

- Gegen jede direkte oder indirekte Finanzierung der verschiedenen Religionen.
- Gegen alle Arten von Genitalverstümmelung. Kostenlose und unentgeltliche Empfängnisverhütung, Abtreibung als Leistung des öffentlichen Gesundheitssystems. Für eine öffentliche, allgemeine, kostenlose und säkulare Gesundheitsversorgung. Achtung und angemessene medizinische Behandlung spezifisch weiblicher Pathologien und Krankheiten. Kostenlose Menstruationsprodukte.
- Verbot und Kriminalisierung der Zuhälterei. Verbot der Leihmutterchaft (Tragemutterchaft).
- Für das Recht auf freien und sicheren Grenzübergang für alle Arbeiter*innen und Jugendliche in Ausbildung.
- Gegen sexistische Justiz und mediale Lynchjustiz jeglicher Art. Weg mit allen reaktionären Richter*innen. Für ein wirklich demokratisches, nicht-sexistisches Justizsystem, in dem die Richter*innen von Arbeiter*innenräten gewählt und entlassen werden können. Für die Selbstverteidigung von Frauen gegen sexistische Gewalt.
- Für eine Arbeiter*innenregierung mit dem Ziel einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Für den internationalen Sozialismus.

8. März 2022

Kollektiv Permanente Revolution
(Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei)

Das CoReP und seine Sektionen im Internet www.revolucionpermanente.com

Die Gruppe **KLASSENKAMPF** im Internet:
www.klassenkampf.net
Kontakt:
gruppeklassenkampf@tutanota.com

Groupe Marxiste Internationaliste
<https://groupemarxiste.info/>



Internaciema Kolektivista Cirklo
<https://www.ikcirklo.org/>



Patronsuz Dünya
<https://www.patronsuzdunya.com/>



Ungarn: Die sanfte Diktatur nebenan

Wenig überraschend brachten die in Ungarn am 3. April 2022 durchgeführten Wahlen neuerlich einen Sieg der autoritär regierenden FIDESZ unter Premierminister Viktor Orbán. Überraschend war nur der hohe Prozentsatz (53 %) für die nun zum vierten Mal in Folge regierende FIDESZ – Meinungsumfragen noch eine Woche vor der Wahl sahen das „Oppositionsbündnis“ Ungarn in Einheit nur fünf bis sieben Prozent hinter Orbáns Partei. Die 35 % für das heterogene Bündnis unter Führung von Peter Maki-Zay sind für die vereinigte Oppositionsfront mehr als enttäuschend gewesen. Zudem verlor im Zuge des Wahlkampfes die faschistische JOBBIK, die plötzlich als Teil der Anti-Orbán-Front salonfähig geworden war, insgesamt 6 % der Wählerstimmen an die neue faschistische Konkurrenz von „Unsere Heimat“, die schon jetzt als parlamentarischer Verbündeter der FIDESZ gesehen wird.

In 12 Jahren an der Macht hat Orbán mit seiner Partei, die faktisch ein Netzwerk von Oligarchen, Freunden des Premiers und reaktionären, meist christlich motivierten Ideologen darstellt, ein politisches System geschaffen, das er selbst als „illiberale Demokratie“ charakterisiert.

Kapitalistische Restauration

Wenn bürgerliche Politiker*innen und Leitartikler*innen der EU angesichts der Zustände im heutigen Ungarn betrübt oder besorgt die Köpfe schütteln und verwundert tun, ist das pure Heuchelei. Orbáns Sieg ist eine Konsequenz der kapitalistischen Restauration nach 1989, sein Regime eine der möglichen politischen Herrschaftsformen der Bourgeoisie in Zentraleuropa.

Im September 1938 konstatierte Leo Trotzki im „Übergangsprogramm der IV. Internationale“:

„Die öffentlichen Erklärungen ehemaliger Kreml-Agenten im Ausland, die sich geweigert haben, nach Moskau zurückzukehren, haben auf ihre Weise unwiderlegbar bestätigt, daß innerhalb der Bürokratie alle Schattierungen politischen Denkens vorhanden sind: vom echten Bolschewismus (Ignaz Reiss) bis zum vollendeten Faschismus (Th. Butenko). Die revolutionären Elemente in der Bürokratie, die in verschwindender Minderheit sind, spiegeln – allerdings nur passiv – die sozialistischen Interessen des Proletariats wieder. Die faschistischen und allgemein konterrevolutionären Elemente, deren Zahl ständig wächst, bringen in immer klarerer Folgerichtigkeit die Interessen des Weltimperialismus zum Ausdruck“.

Der Stalinismus hat das Wachstum der „faschistischen und allgemein konterrevolutionären Elemente“ in der UdSSR und später in den deformierten Arbeiter*innenstaaten Osteuropas durch seine Privilegierung der Parteibürokrat*innen massiv gesteigert. Die Partei- und Staatsbürokratien in diesen Ländern suchten ihr Heil nicht in einer Wiederbelebung der rätedemokratisch kontrollierten Planwirtschaft: seit den 60er Jahren gab es immer öfter „Experimente“ in Richtung der Einführung kapitalistischer Elemente in die Wirtschaftspolitik.

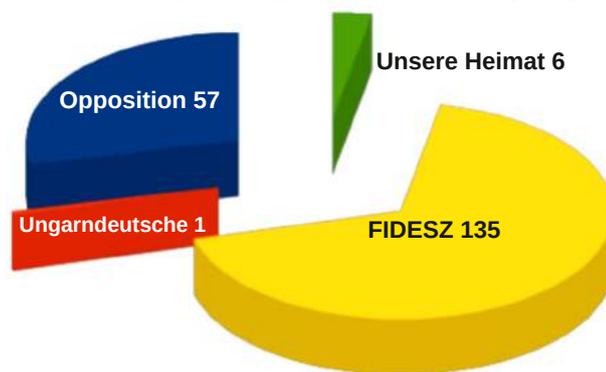
schen Staaten erleichterte.

Nach der Niederschlagung der aufkeimenden politischen Revolution in der ČSSR wurden in allen „Volksdemokratien“ die Zügel straffer angezogen. Die Außenhandelsbeziehungen wurden stärker kontrolliert, die Wirtschaftspolitik blieb unverändert. 1979 gab es nach intensiven Debatten in der Führung der USAP neue Öffnungsschritte: Kleinere Privatunternehmen, vor allem im handwerklichen Bereich und der Landwirtschaft, wurden zugelassen, ebenso durften Dienstleistungen privat angeboten werden (Taxiunternehmen, Frisöre ...).

Wegbereiter – die stalinistischen Wirtschaftsreformen

Die deutlichen Signale Richtung kapitalistischer Restauration verstärkten sich 1981, als die ungarische Wirtschaft in eine Krise gerät. Die Regierung beschließt als Ausweg den Beitritt zum Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Als ersten Schritt proklamiert

Sitzverteilung im ungarischen Parlament (2022)



Der ungarische „Gulaschkommunismus“ war eines der fortgeschrittensten Modelle. 1968 – beeinflusst durch die Erfahrungen mit dem „Prager Frühling“ – proklamierte die Führung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) den „Neuen Ökonomischen Mechanismus“, der privatwirtschaftliche Öffnungen in der Kleinlandwirtschaft und der Gärtnerei zuließ und die Handelsbeziehungen mit den kapitalisti-

die USAP-Regierung eine Dezentralisierung der staatlichen Wirtschaftspolitik und weitere Öffnungen für Privatunternehmen.

1987 fordert der IWF neue Maßnahmen zur „Stabilisierung“ der ungarischen Wirtschaft, sprich: weitere Schritte Richtung Kapitalismus. Die Folge sind weitere Dezentralisierungen, Deregulierungen im Sozialbereich, Liberalisierung bei den Wirtschafts- und Sozialgesetzen und Pri-

vatisierungen. Das two-tier-banking, also die Trennung der Nationalbank von Geschäfts- und Privatbanken, wird eingeführt. Weiters wird eine Steuerreform und ein Gesetz zur Umwandlung von Staatsbetrieben in Aktiengesellschaften beschlossen.

Diese schrittweise vorbereitete Restauration ermöglichte in Ungarn einen wesentlich „sanfteren“ Übergang zum Kapitalismus als in Russland, der SSR oder der DDR. Es gab keine Massendemonstrationen, keine Angriffe auf Parteilokale der USAP oder Einrichtungen des Geheimdienstes. Ein „Nationales-Rundes-

Die Antall-Regierung privatisierte innerhalb von vier Jahren die Hälfte der staatlichen Betriebe. Zugleich öffnete sie ausländischen Investoren Tür und Tor.

Die zweiten Parlamentswahlen im Mai 1994 bescherten der MDF eine kalte Dusche. Die MSZP wurde mit 33 % der Stimmen stärkste Partei und erreichte die absolute Mehrheit in ungarischem Parlament. USP-Vorsitzender Gyula Horn bildete trotz der absoluten Mehrheit der MSZP eine Koalition mit dem liberalen reaktionären Bund Freier Demokraten (SZDSZ). Die Parlamentswahlen hatten ein Phänomen gezeigt, das mittlerweile

Einführung von Studiengebühren, und das Einfrieren von möglichen Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst bei 6-15 % bei einer Inflationsrate von 20% vorsah.

FIDESZ fletscht die Zähne

Bei den Parlamentswahlen 1998 konnte die USP trotz ihrer Politik sogar stimmenmäßig auf 42,1% zulegen. FIDESZ konnte allerdings in den Stichwahlen einige Direktmandate erzielen und dadurch mit weniger Stimmen als die USP (41,1% Stimmenanteil) gemeinsam mit dem MDF und der „Partei der kleinen Landwirte“ die Regierung bilden.

Bereits im Wahlkampf spielte die Partei Viktor Orbáns gezielt die nationalistische Karte aus. Der 1963 geborene Orbán hatte seine politische Tätigkeit in den 80er Jahren in der Jugendorganisation der USAP begonnen und war 1988 unter den Gründungsmitgliedern der FIDESZ. „Von April 1988 an arbeitete er für die Soros Foundation of Central Europe Research Group, von der er im September 1989 ein Stipendium für einen Forschungsaufenthalt zum Studium der Geschichte der englischen liberalen Philosophie am Oxforder Pembroke College erhielt“, weiß die Wikipedia zu berichten. Eine mehr als feine Ironie der Geschichte, wenn man an die antisemitisch gefärbten gegen Soros gerichteten Kampagnen der FIDESZ denkt.

Orbán sang im Wahlkampf und danach das Hohelied des „magyarischen Unternehmertums“. Er knüpfte bewusst an reaktionäre groß-ungarische Traditionen des 19. Jahrhunderts an. Der Kurs seiner Regierung war klar pro-westlich und gipfelte im März 1999 im NATO-Beitritt des Landes. Bei einem Referendum hatten etwas über 83% der Ungar*innen für den Beitritt gestimmt. Die Regierung hatte, so wie die anderen kleinbürgerlichen und bürgerlichen Parteien, immer wieder warnend an die Niederschlagung des Arbeiter*innenaufstandes von 1956 erinnert, um Stimmung für den Beitritt zu machen.

Zwar verdoppelte die FIDESZ-Regierung die Mindestlöhne und forcierte den Wohnbau um die Wirtschaft anzukurbeln und „stahl“ damit der USP zwei wichtige Kernthemen. Aber schon damals zeichnete sich der immer aggressivere Rechtsschwenk der Gruppe um Orbán ab. Er kündigte de facto den Konsens

Wir wären in der Lage, mit dem Islam umzugehen, wenn es uns erlaubt wäre, so mit ihm umzugehen, wie wir es für richtig halten.

Viktor Orban

Tisch-Abkommen“ zwischen USAP und Vertreter*innen verschiedener Oppositionsbewegungen regelte Straffreiheit für alle mit einer „sozialistischen Vergangenheit“, Unantastbarkeit von bis 1989 erworbenen Geld- und Privatvermögen und das Recht auf ungehinderte Parteigründung.

Die Folge war die Entstehung eines buntscheckigen Parteienspektrums. Eine Sammelbewegung diverser konservativer, christlicher und nationalistischer Kräfte wurde das MDF (Ungarisches Demokratisches Forum). Deren Hauptrepräsentant Jozsef Antall wurde nach den ersten Wahlen nach der Wende“ Ministerpräsident. Im Gegensatz zu anderen konservativen Parteien in den post-stalinischen Staaten Zentraleuropas favorisierte das MDF einen „sanften“ Übergang“ zur Marktwirtschaft statt der von den Liberalen auch in Ungarn favorisierten „Schocktherapie“. Das sogenannte liberale Lager bestand aus dem pro-westlichen Bund Freier Demokraten (SZDSZ) und dem Bund Junger Demokraten (FIDESZ). Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei MSZMP hatte sich im Oktober 1989 in die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) umgewandelt und bekannte sich klar zum „Systemwandel“. Die Kompromissbereitschaft des MDF gegenüber der USP führte zu heftigen Angriffen von SZDSZ und FIDESZ auf ihren bürgerlichen Konkurrenten.

auch in Ländern wie den USA auftritt: eine Art „negative Parteibindung“. Statt für eine Partei entscheiden sich Wähler*innen gegen eine Partei.

„Und endlich herrscht die besitzende Klasse direkt mittelst des allgemeinen Stimmrechts. Solange die unterdrückte Klasse, also in unserm Fall das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, solange wird sie, der Mehrzahl nach, die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein. In dem Maß aber, worin sie ihrer Selbstemanzipation entgegenreift, in dem Maß konstituiert sie sich als eigne Partei, wählt ihre eignen Vertreter, nicht die der Kapitalisten. Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat; aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind.“ (Engels, Ursprung der Familie..., MEW 21, S. 168)

Im Gegensatz zu den Erwartungen der Wählerbasis der USP setzte Horn den von Antall begonnenen Privatisierungskurs nicht nur zügig fort, sondern verkündete am 12. März 1995 das nach seinem Finanzminister benannte „Bokros-Paket“ - ein Austeritätspaket, das unter anderem eine starke Abwertung des Forint, die Einschränkung von Sozialleistungen, die

vom Runden Tisch 1989 auf, bezeichnete die Sozialisten als „Vaterlandsverräter“ und öffnete seine Partei ideologisch für die Parolen der neugegründeten faschistischen Partei MIEP, um diese aus dem Parlament draußen zu halten und deren Wählerreservoir zu kassieren. Die liberale SZDSZ nahm nun an der Seite der USP eine Mittelstellung ein und regierte die Hauptstadt Budapest. Orbán attackierte nun die Budapester Stadtregierung, strich Staatsmittel für Infrastrukturprojekte und förderte die ländlichen Regionen.

Die antisozialistische Kampagne Orbáns brachte vor allem jüngere Schichten gegen den Premier auf, und neuerlich kam es auf Wahlebene zu einem Kurswechsel. 2002 wurde FIDESZ abgewählt, die MSZP bildete eine Regierung unter Peter Medgyessy. Ihn holte jedoch seine Vergangenheit ein: Ihm wurde vorgeworfen, zehn Jahr für den Auslandsgeheimdienst des stalinistischen Regimes gearbeitet zu haben. Das tat seiner Popularität jedoch keinen Abbruch, weil die MSZP/SZDSZ-Koalition tatsächlich einen Teil ihres Wahlprogramms umsetzte: Pensionen und die Löhne der Staatsbediensteten stiegen um 50%, die Reallöhne um 22%, Studierende erhielten deutlich höhere Stipendien und ein Alleinverdienerabsetzbetrag wurde eingeführt. Finanziert wurde das durch eine rasante Ausweitung des Staatsdefizits.

Die Selbstvernichtung der USP

Die USP war, wie die offen bürgerlichen Parteien, für einen EU-Beitritt Ungarns eingetreten. Dieser erfolgte 2004, kurz, bevor Medgyessy – offenbar auf Grund von Intrigen innerhalb der Sozialistischen Partei – zurücktrat und Ferenc Gyurcsány Platz machte.

2006 wurde die USP als erste Partei in der Geschichte Ungarns nach 1989 als Regierungspartei bestätigt – im Hintergrund tickte jedoch bereits die Selbstzerstörungsbombe, die Ferenc Gyurcsány 2006 mit einer Rede vor Parteifunktionären zündete.

Zunächst aber ein paar Worte zur Biographie Gyurcsánys, die typisch ist für die ungarische Variante der „Oligarchie“: Zunächst Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes bis 1989 wurde er nahtlos ein Herold der „sozialen Markt-

wirtschaft“. Er arbeitete nach der „Wende“ bei verschiedenen Investmentunternehmen und gründete 1992 eine eigene Investmentfirma, Altus. Der Marktwert von Altus betrug bis 2002 rund 3,5 Mio Forint (14,5 Mio EUR). Mittlerweile gehören ihm ein Bauxitaufbereitungsunternehmen und eine Reihe von Grundstücken. Diese dürfte er weit unter dem Marktpreis vom Staat gekauft und mit langfristigen Ratenzahlungen finanziert haben.

In der szöder Rede vom 26. Mai 2006 erzählte er, wie er und sein Beraterstab seit Jahren die Öffentlichkeit, die Koalitionspartner und die politischen Institutionen belogen habe, um an die Macht zu kommen bzw. an der Macht zu bleiben. Als ein Mitschnitt der „Geheimrede“ durchsickerte und im Rundfunk ausge-

im Parlament, während die USP 29,3% der Stimmen von 2006 verlor und nur noch 19,3% erreichte. Besonders bedrohlich: Nur knapp hinter den geschlagenen „Sozialisten“ lag die faschistische JOBBIK mit 16,67% an dritter Stelle.

Orbán und damit die FIDESZ hatten seit ihrer Gründung einen ziemlichen Wandlungsprozess durchgemacht. War Orbán Viktor von 1992 bis 2000 Vizepräsident der „Liberalen Internationalen“, verbündete er sich und seine Partei ab 2000 mit den extrem konservativen Christlich-Sozialen und wurde ab 2002 Vizepräsident der Europäischen Volkspartei.

Ideologisch standen für die FIDESZ ein (großungarischer) Nationalismus, eine rückwärtsgewandte Verehrung der traditionellen bäuerlichen Lebensweise, ein

Die Außenpolitik der Demokraten ist schlecht für Europa und tödlich für Ungarn. Die Migrations- und Außenpolitik, die der republikanische Kandidat Trump vertritt, ist gut für Europa und lebenswichtig für Ungarn.

Viktor Orbán

strahlt wurde, kam es rund um die vorgezogenen Parlamentswahlen 2006 zu Massendemonstrationen, die nicht ausschließlich das Werk der Agitation der FIDESZ waren. Unter Gyurcsány blühte die Korruption, wurden Pensionen gekürzt und die Anliegen der ärmsten Schichten der Bevölkerung in rüder Weise öffentlich verspottet. Als der Premier dann die Polizei mit äußerster Härte gegen die Proteste vorgehen ließ, kippte die Stimmung gegen die MSZP. Neben ihrer prokapitalistischen Politik war es das persönliche Auftreten ihres Premierministers, welches das Ende der parlamentarischen „Linken“ besiegelte.

Dazu kam die internationale kapitalistische Krise 2008/2009. Ungarn gehörte zu den großen Verlierern. Bis Ende 2008 verlor der Forint gegenüber dem Schweizer Franken 15% und dem EURO 17% an Wert. Die Privathaushalte waren hoch verschuldet.

Bei den Wahlen im April 2010 wurde die FIDESZ, gemeinsam mit der KDNP (Christlich-Demokratische Volkspartei) mit 52,3% der Stimmen die stärkste Kraft

rassistischer Antiziganismus und ein Bekenntnis zu christlichen Traditionen im Mittelpunkt. Noch stärker ausgeprägt fanden sich diese Versatzstücke aus dem Fundus der ungarischen Parteigeschichte bei der faschistischen JOBBIK („Besseres Ungarn“), die sich deutlich als Nachfolgerin der faschistischen Pfeilkreuzlerbewegung gab. Offensichtlich vertrat Orbán hier eine von der bayerischen CSU entlehnte Position, dass es rechts von der FIDESZ keinen Platz geben dürfe.

Der Beginn des Umbaus

Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage Ungarns begann die FIDESZ-Regierung 2010 mit dem, was Ökonomen „unorthodoxe Wirtschaftsreformen“ nennen. Dabei handelt es sich um eine Mischform aus Wirtschaftsliberalismus und Staatsinterventionismus. Wenig erstaunlich – auch hier bewahrheitet sich die Parole der bürgerlichen Politik: Die Reichen müssen noch reicher, die Armen noch ärmer werden.

Zu den ersten Maßnahmen der Wirtschaftspolitik der FIDESZ/KDNP-Regierung war die Einführung einer Flat-Tax von 16 % auf Einkommen, die später um ein weiteres Prozent gesenkt wurde. Zahlreiche Absetzposten wurden gestrichen. Davon profitierten in erster Linie Großkapitalist*innen, besser verdienende Mittelschichten und Angestellte. Die Mehrwertsteuer wurde auf 27% angehoben und gehört damit zu den höchsten innerhalb der EU. Als Massensteuer trifft sie natürlich Lohnabhängige und Arbeitslose ganz besonders. Ebenso wurden kreativ Sonderabgaben eingeführt, die vor allem die arbeitende Bevölkerung treffen, wie Gebühren auf Banküberweisungen oder eine Abgabe auf Telefongespräche.

Ich glaube nicht, dass unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Union uns daran hindert, einen illiberalen neuen Staat auf nationaler Grundlage aufzubauen.

Viktor Orban

Parallel zog Orbán einen massiven Sozialabbau durch: Das Arbeitslosengeld wurde gekürzt, die Sozialhilfe reduziert und auf eine perfide Art ein Zwangsarbeitssystem eingeführt: Das Programm "Közmunka" zwingt Sozialhilfeempfänger, für ein Taschengeld zu arbeiten. Wer sich dem entzieht, verliert jeden Anspruch auf Unterstützung. Bei "Közmunka" gemeldete scheinen außerdem nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auf.

Auf der politischen Ebene begann Orbán, gestützt auf die Zweidrittelmehrheit seiner Koalition, mit dem Umbau des Systems. Er war gekommen, um zu bleiben. Neben der Aushebelung von Kontrollmöglichkeiten des Parlaments durch die Einrichtung von Gremien, die aus FIDESZ-Parteigängern bestanden und jeden Einspruch der Opposition overrulen konnten, wurden systematisch Lücken in der Geschäftsordnung des Parlaments ausgenutzt. So etwa durch überbordende Einzelanträge von Abgeordneten (ähnlich den Initiativanträgen im österreichischen Nationalrat), bei denen keine zweite Lesung der Anträge notwendig war. In Rekordzeit wurden so 350 neue Gesetze durch das Parlament gepeitscht.

Die Wahlrechtsreform im Jahr 2011 reduzierte die Zahl der Sitze im Parlament

von 386 auf 199, der zweite Wahlgang und die Ausgleichsmandate (mit denen die Verzerrung des prozentuellen Ergebnisses einer Partei durch Direktmandate korrigiert werden) wurden abgeschafft und die Wahlkreise neu zugeschnitten. Das Wahlrecht für Minderheiten und Auslandsungarn wurde gestärkt. Das wirkte sich unter anderem bei den Wahlen 2022 merkbar aus, da das Wahlsystem neuerlich „angepasst“ wurde.

„Bereits ein Jahr nach der Regierungsübernahme verabschiedete die FIDESZ-KDNP-Koalition im ungarischen Parlament das ‚Grundgesetz Ungarns‘ als neue Verfassung. Die Kompetenzen des Verfassungsgerichts wurden darin eingeschränkt und beispielsweise sein Recht zur Überprüfung von Steuer- und Finanzgesetzen aberkannt.

Die Popularklage, nach der jede Bürgerin und jeder Bürger eine Rechtsnorm auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüfen lassen konnte, ohne selbst betroffen zu sein, wurde abgeschafft. Bis dahin war sie eine ungarische Besonderheit. Zahlreiche sogenannte Schwerpunktgesetze können nur noch mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament geändert werden. Besonders umstritten ist auch die Präambel der Verfassung. Sie trägt den Titel ‚Nationales Bekenntnis‘ und definiert die ungarische Nation ethnisch-kulturell. Angehörige von Minderheiten, wie beispielsweise die Roma, werden demnach als Teil der politischen Gemeinschaft, nicht aber als Teil der ungarischen Nation betrachtet.“ (Bundeszentrale für Politische Bildung, zuletzt abgefragt 2022-03-02)

Eine Novelle der Verfassung 2013 schränkte die Rechte des Verfassungsgerichtshofs drastisch ein, außerdem wurde ein Landesgerichtsamts gegründet, das bestimmte Prozesse an von der Regierung ausgewählte Gerichte zuweisen kann.

Neue Mediengesetze schränkten schon in den ersten Monaten der Koalitionsregierung die Pressefreiheit massiv ein. So wurde der Quellenschutz für Zeitungsredaktionen aufgehoben. Schon damals wurde gezielt staatlicher Druck

über die Inseratenvergabe der Ministerien aufgebaut – Methoden, die in Österreich erstaunlicherweise ja auch nicht ganz unbekannt sind (Sebastian Kurz war immer ein guter Freund von Orbán Viktor!).

Mit EU-Geldern in die sanfte Diktatur

Vor den Parlamentswahlen im April 2014 veröffentlichten die von der Regierung gegängelten Print- und elektronischen Medien folgerichtig Jubelmeldungen über die Erholung der ungarischen Wirtschaft. Der Aufschwung ab 2013 war allerdings nicht wirklich hausgemacht: Die Umkrepelung des Verwaltungsapparates und die Besetzung von Beamtenposten mit FIDESZ-Leuten hatten bis 2012 dazu geführt, dass Ungarn so gut wie keine Subventionsansuchen nach Brüssel geschickt hatte. Danach wurde fleißig nachgeholt, und die EU-Gelder flossen üppig. Ein Großteil der Mittel wurde für Bauprojekte verwendet – einen Wirtschaftsbereich, in dem Familienangehörige und persönliche Freunde des Premiers aktiv sind und überraschenderweise die Hauptbegünstigten bei öffentlichen Ausschreibungen waren.

Im Wahlkampf arbeitete die Propagandamaschinerie der FIDESZ mit Parolen, die sich deutlich an traditionelle faschistische Losungen anlehnten. Mit „Arbeit vor Spekulation“ sollte einerseits der „soziale“ Charakter des immer autoritärer werdenden Regimes, das einen regelrechten Kreuzzug gegen die Armen, nicht gegen die Armut, führt unterstrichen werden. Gleichzeitig wurde die bekannte Scheidung in „raffendes und schaffendes Kapital“ ins Spiel gebracht. Im Zusammenhang mit Orbáns Ankündigung, das „ungarische Eigentum“ im Banksektor und der Landwirtschaft zu stärken, wurde die Stoßrichtung klar: der Anteil des ausländischen Kapitals sollte zugunsten des ungarischen Staates und der mit der FIDESZ verbundenen und von ihr aufgefütterten Großbourgeoisie zurückgestutzt werden. Nach der Wahl wurden höhere Steuern für Wirtschaftssektoren beschlossen, in denen ausländische Investitionen besonders bedeutend waren. Damit gelang es der Regierung unter anderem, die ausländischen Medienkonzerne (wie die

deutsche Funke-Gruppe) hinauszudrängen und die Medien so gut wie vollständig unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Dann kam das Jahr 2015 und der Beginn der großen Fluchtbewegung aus Syrien und den von Daesh bedrohten Ländern. Der ungarischen Regierung, der sich seit Orbáns Bekenntnis zum Konzept der „illiberalen Demokratie“ und der Nennung von Russland, Singapur und der Türkei als politischen Vorbildern in der EU mäßiger Gegenwind entgegen schlug (immerhin war FIDESZ ein wichtiger Stützpfiler der EVP!), kam nun als „erstem Bollwerk“ gegenüber den Geflüchteten eine Schlüsselrolle zu. Was Orbáns FIDESZ im Inneren in erster Linie gegen die Roma praktiziert hatte – polizeiliche Schikanierung, faktische Schaffung von Ghettos, wurde nun im großen Maßstab an den Außengrenzen der EU praktiziert: Stacheldraht, Mauern, brutales Zurückstoßen von Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Armut flohen. EU-Migrations-Kommissar Avramopoulos erklärte im September 2015 beim „Flüchtlingsgipfel“ in Calais: „Barrieren, Zäune – eine der größten Errungenschaften der europäischen Integration bleibt die Bewegungsfreiheit der EU-Bürger in Europa. Wir sind gegen alles, was sie behindert. Aber, ja, wir müssen auch die europäischen Grenzen schützen.“

Damit hatte er das Dilemma der meisten EU-Mitgliedsstaaten klar benannt: Einerseits sollte der Anschein einer „fortschrittlichen“ Rolle der Union gewahrt bleiben, andererseits sollte auch in dieser Frage (wie etwa bei der Bankenrettung im Gefolge der Krise 2007) klar den nationalistischen Bedürfnissen einiger Mitgliedsstaaten Rechnung getragen werden. Und Orbán sah wieder einmal eine Chance, durch Erpressung Geld zu machen: beim Gipfel in Calais forderte er acht Millionen Euro als Soforthilfe, um Ungarns Erstaufnahme-Kapazitäten auszubauen. Kommissar Avramopoulos meinte dazu: „Wenn notwendig, werden wir europäische Empfangszentren in Ungarn aufbauen, denn das Land ist ähnlich unter Druck wie Italien und Griechenland.“

2019 arbeiteten mindestens 600.000 Ungar*innen im EU-Ausland. Die Zahl ist höher, weil sich viele dieser Arbeitsmigrant*innen in Ungarn nicht abmelden. Damit ist die Arbeitslosenstatistik natürlich aufgebessert worden, gleichzeitig

fehlt es in Ungarn in wichtigen Bereichen wie Industrie, Bauwirtschaft und vor allem im Pflegebereich an Beschäftigten. Gleichzeitig hat FIDESZ das Land gegen Zuwanderung abgeschottet. Das Land mit der geringsten Zahl an Immigrant*innen und der größten Zahl abwanderer*innen ist der heftigste Vorreiter bei einer Politik der „geschlossenen Grenzen“.

Artikel 7 und eine zahnlose Opposition – keine Gefahr für den „Viktator“

Eine Zeitlang konnte das Orbáns Stellung in der EU mittels der EVP stabili-

gleichgeschaltet hat. Kritische Zeitungen dürfen erscheinen, finden aber keine Druckereien in Ungarn mehr und müssen in der Slowakei gedruckt werden. Abonnent*innen fürchten sich, dass die Postboten ausplaudern, dass sie regimekritische Publikationen beziehen. Zwar werden Journalist*innen nicht von Unbekannten ermordet wie in Russland – aber mit saftigen Geldstrafen wegen „feindseliger Berichterstattung“ zwingt man sie auch unblutig in die Knie.

Dieses und andere Maßnahmen führten dazu, dass das Europäische Parlament – die einzige „gewählte“ Institution der EU – 2018 ein Artikel-7-Verfahren gegen Ungarn anstrebte. Der Vorwurf:

Wenn Homosexuelle in Ungarn zusammenleben möchten, können sie dies nach dem Zivilgesetzbuch tun. Aber das, was wir Ehe nennen, gilt ausschließlich für einen Mann und eine Frau. Wir sind ein christliches Land. Das ist eine historische Tatsache.

Viktor Orban

sieren. Der unmenschliche Kurs gegen Geflüchtete fand Unterstützung bei der bayerischen CSU und der türkischen Neuen Volkspartei des Balkanroutenschließers Sebastian Kurz. Die hatten auch kein Problem, als Orbán nach den Wahlen 2018 das sogenannte „Sklaven-Gesetz“ im Parlament in Budapest durchbrachte: Ungarische Arbeiter*innen und Angestellte können nun zu 250 bis 400 Überstunden im Jahr verpflichtet werden, die Kompensation soll dann innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren erfolgen. Dass damit windigen Geschäftsleuten aus dem FIDESZ-Umfeld für Sozialbetrügereien Tür und Tor geöffnete werden ist klar: Was passiert, wenn eine Firma, die das Gesetz ausgeschöpft hat, schon nach kurzer Zeit Insolvenz anmeldet?

Die letzten Jahre haben kontinuierliche Angriffe auf demokratische Rechte gebracht. Oppositionelle in Ungarn sprechen von der „sanften Diktatur“ Orbáns. Kritische Zeitungen wurden geschlossen, weil es keine Inserate mehr gab; ein regierungsnaher Medienkonzern wurde gegründet, der Presse und Fernsehen

Massive Verletzungen der EU-Menschenrechtscharta, Aushebelung der Gewaltenteilung, Einschränkung der Meinungsfreiheit und noch allerhand mehr. Pech: Über die Beschlüsse des Parlaments entscheidet der nicht demokratisch legitimierte Europäische Rat der Regierungschefs, und zwar einstimmig. Und – erraten – dort verhinderte das Veto Ungarns mit Hilfe der polnischen Regierung – ernsthafte Maßnahmen gegen die Orbán-Regierung.

Die Corona-Pandemie nutzte Orbán im April 2020, um sich von „seinem“ Parlament noch mehr Macht zugestehen zu lassen: Mittels Verordnung kann der Regierungschef Gesetze außer Kraft setzen und neue erlassen. Eine nachträgliche parlamentarische Debatte über derartige Maßnahmen ist nicht zulässig.

Die Wahlen 2022 wurden von OSZE-Beobachtern mit einem gewissen Sarkasmus als „frei, aber nicht fair“ bezeichnet. Sonderbar war sie in jedem Fall. Denn Orbáns Koalition stand ein Bündnis mit dem Namen „Ungarn in Einheit“ gegenüber, das sich aus sechs Parteien zusammensetzte, deren gemeinsamer Nenner

ausschließlich die Abwahl Orbáns war. Dementsprechend glaubwürdig wirkte das Bündnis aus USP, der Demokratischen Koalition (einer Abspaltung der Sozialisten), zwei Grünen-Parteien, der zivilgesellschaftlichen Momentum-Bewegung und – surprise! surprise! - der faschistischen JOBBIK. Letztere hatte sich wieder einmal gespalten, der Flügel, der sich an „Ungarn in Einheit“ beteiligte, distanzierte sich offiziell vom einstigen Antisemitismus und dem paramilitärischen Flügel der „Ungarischen Garde“ (erinnert das nicht ein bisschen an die französischen Faschisten, welche die Front National in Rassemblement National umbenannten, um biederer zu wirken?).

Als möglicher Spitzenkandidat der Opposition galt der grüne Bürgermeister

lich-demokratischen Staat abstecken. Zügig wurden Gesetze beschlossen, die den Kirchen bedeutende Privilegien einräumen: So ist der „Schutz der christlichen Kultur“ eine Aufgabe des Staates und seiner Organe geworden. Damit ist der Spielraum für aufklärerische oder gar atheistische Meinungen eng geworden. Eine Verfassungsänderung von 2020 erklärt die Erziehung von Kindern nach christlich geprägten Werten als Staatsaufgabe. Laut Zsolt Semjén, stellv. Ministerpräsident und Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Volkspartei, Koalitionspartner der FIDESZ, haben sich die staatlichen Unterstützungen für die Kirchen zwischen 2010 und 2020 verfünffacht, und der Staat habe unter anderem den Bau von 130 und die

gleich vor mehreren Problemen: Die Corona-Krise hat das durch die vorherigen Sparmaßnahmen ohnehin zerrüttete Gesundheitswesen näher an den Rand eines kompletten Zusammenbruchs gestoßen; die niedrigen Löhne haben zu einer Abwanderung von Pflegepersonal, unter anderem Richtung Österreich, geführt.

Dazu kommt die prekäre Situation Orbáns durch den Krieg in der Ukraine. Die Freundschaft zu Putin und dessen Oligarchie ist nur ein Grund für die zwielichtige Haltung der ungarischen Regierung. Ungarn ist am Energiesektor weitgehend von russischen Lieferungen abhängig. Andererseits könnte die schwache ungarische Wirtschaft und auch ihre parasitäre herrschende Klasse ohne die Finanzspritzen der EU nicht aus eigener Kraft überleben. Die dritte wirtschaftliche Säule von Orbáns Wirtschaftspolitik ist noch geheimnisumwitterter: die ungarische Regierung setzt auf das Neue-Seidenstraßen-Projekt des aufstrebenden chinesischen Imperialismus. Offensichtlich ist da auch schon einiges an Investitionen im Infrastrukturbereich passiert. Das könnte die Staatsverschuldung Ungarns in absehbarer Zeit in die Höhe treiben. Die Regierung in Budapest schweigt sich zu den Verträgen mit China aus.

Ungarn schreckt vor nichts zurück, wenn es um den Schutz seiner Bürger geht.

Viktor Orban

von Budapest, Gergély Karácsony. Im Bündnis selbst gab es Stimmen die kritisierten, dass Karácsony zwar die urbane Bevölkerung der 2-Millionen-Stadt Budapest, wohl kaum aber die bäuerlichen Schichten in den Dörfern mobilisieren könne. Als es im Bündnis dann zur Kandidatenwahl kam, tauchte als fast gleichstarker Gegenkandidat zum Bürgermeister von Budapest ein anderer Bürgermeister auf: Péter Márky-Zay aus Hódmezovásárhely mit einer Einwohnerzahl von 40.000. Der Vater von sieben Kindern ist extrem christlich, bezeichnet sich selbst als rechtskonservativ, ist ausländers*innenfeindlich und, natürlich, patriotisch. Karácsony zog seine Bewerbung als Spitzenkandidat zurück: „In einem rechtsgerichteten Land wie Ungarn werde ich als Linker angesehen. Wenn wir einen rechten Kandidaten wie Márky-Zay aufstellen, haben wir vielleicht eine Chance zu gewinnen“.

Márky-Zay tat sich allerdings schwer, Viktor Orbáns Bündnis mit den Kirchen ernsthaft zu erschüttern. Orbán hatte öffentlich erklärt, dass die Machtübernahme der FIDESZ-KDNP mit einer Zweidrittelmehrheit im Jahr 2010 als eine Art „christlicher Regimewechsel“ interpretiert werden könne. Die Verfassung von 2011 sollte nach seinen Vorstellungen den Rahmen für einen neuen christ-

Renovierung von etwa 3000 Kirchengebäuden subventioniert. (, zuletzt abgefragt am 2.4.2022)

Tatsächlich präsentierte sich Márky-Zay im Wahlkampf als der „sauberere“ Orbán. Inhaltlich äußerte er kaum andere Positionen in innenpolitischen Fragen, außer, dass er im Gegensatz zum Premier nicht korrupt sei. Paradoxerweise warf er Orbán eine zu weiche Haltung in der Einwanderungspolitik vor, weil dieser Aufenthaltsgenehmigungen verkauft habe. Der Kandidat der „Opposition“ versprach auch vollmundig, Ungarn besser „vor den Barbaren“ schützen zu wollen als das FIDESZ tue. Bei zwei außenpolitischen Themen versuchte sich „Ungarn in Einheit“ deutlich anders zu positionieren: Das Bündnis nahm eine klare Pro-EU-Haltung ein und distanzierte sich – im Gegensatz zu FIDESZ – von Haus aus klar gegen den imperialistischen Angriff auf die Ukraine.

Neben den schwachen Inhalten hatte „Ungarn in Einheit“ auch mit den undemokratischen, aber streng gesetzlichen Hindernissen zu kämpfen, die sich aus 12 Jahren FIDESZ-Herrschaft ergaben. So hatten die Oppositionsparteien gerade fünf Minuten Sendezeit im öffentlichen Fernsehen, während sich Orbán Viktor im Glanz der Medien sonnen konnte.

Die alte neue Regierung Orbán steht

Arbeiter*innenwiderstand unterstützen!

Außerhalb Ungarns wenig beachtet hat es in den vergangenen zwei Jahren einige gewerkschaftliche Kämpfe gegen die Politik der Regierung gegeben, die nicht nur rein ökonomisch waren. Da waren zunächst Kämpfe in der Autoindustrie, die weitgehend von deutschem Kapital dominiert wird. Audi, Daimler und Bosch zahlen qualifizierten Arbeiter*innen gerade einmal 1.100,- EUR Monatslohn, weit unter den deutschen Tariflöhnen. Zudem profitieren sie von einer Regelung des oben zitierten „Sklaven-Gesetzes“: Arbeiter*innen müssen Arbeitsstunden, die durch die Corona-Pandemie entfallen sind, nacharbeiten, auch wenn sie vom Betrieb nach Hause geschickt wurden, weil die Produktion zurückgefahren wurde. Die Arbeiter*innen sind nun plötzlich zu „Arbeitszeitschuldner*innen“ geworden. Dagegen hat es Protest- und Streikaktionen gegeben.

Auch die Lehrer*innengewerkschaft hat Kampfmaßnahmen gegen Arbeitszeitverlängerungen geführt und niedrige Löhne gefördert und konnte bei den Arbeitszeiten einen Teilerfolg erzielen. Die Bewegung ist aber noch nicht zu Ende. Hoffnung machen auch die immer wiederkehrenden Proteste der Studierenden, die sich nicht nur gegen Angriffe im Bildungswesen, sondern allgemein gegen den Abbau demokratischer Freiheiten richten.

Die großen Gewerkschaftsverbände leiden nach wie vor darunter, dass sie von der Bourgeoisie und ihren reaktionären Parteien als Erben des alten stalinistischen Regimes verteufelt werden. Außerdem gibt es daneben „Betriebsgewerkschaften“, die oft von FIDESZ- oder sogar JOBBIK-Leuten angeführt werden und eine korporationistische Linie der Klassenzusammenarbeit auf Betriebsebene fahren.

Was den Arbeiter*innenwiderstand

erschwert ist das Fehlen einer revolutionären Arbeiter*innenpartei, die an den Erfahrungen der revolutionären ungarischen Arbeiter*innenbewegung nach der Oktoberrevolution anknüpft. Durch Solidarität mit den Kämpfen der ungarischen Lohnabhängigen müssen wir einen Beitrag dazu leisten, dass im Widerstand gegen das Orbán-Regime eine neue revolutionäre Führung als Teil einer revolutionären Arbeiter*inneninternationale entsteht.

Chile:

Boric: Jung und links und Präsident – ein Grund zum Jubeln?

Am 11. März hat der in einer Stichwahl im Dezember 2021 gewählte Jurist Gabriel Boric Font das Amt des chilenischen Präsidenten angetreten. Im ersten Wahlgang (mit sieben Kandidaten) am 21. November 2021 erzielte der ehemalige Studierendenführer Boric 25,83% der Stimmen und lag damit knapp hinter dem bekennenden Pinochet-Anhänger José Antonio Kast von der Christlich-Sozialen Front mit 27,91%. Bei der Stichwahl am 19. Dezember erzielte Boric dann 55,87% und hängt damit Kast mit einem Vorsprung von 11,74% ab.

Die Wähler*innen zogen damit einen klaren Trennstrich zur Ära des erzkonservativen katholischen Präsidenten Sebastián Piñera, eines Milliardärs, der als „chilenischer Berlusconi“ galt. Seine reaktionären und arbeiter*innenfeindlichen Maßnahmen hatten im Oktober 2019 zu Massenprotesten gegen die Regierung geführt. Mehr als die Hälfte der chilenischen Bevölkerung verdient weniger als umgerechnet 500 EUR im Monat und sah sich einer neuen Welle von Preiserhöhungen für Dienstleistungen und Lebensmittel gegenüber. Das Fass zum Überlaufen brachte dann eine geplante Fahrpreiserhöhung bei der Metro in Santiago. Arbeiter*innen, Studierende, aber auch Einzelunternehmer*innen und Werkstätige des „informellen Sektors“ gingen auf die Straße und wurden von Piñeras Polizei brutal angegriffen. Aber

die Übergriffe fachten die Protestwelle nur noch weiter an. Ende Oktober verkündete Piñera den Ausnahmezustand und holte erstmals seit den Tagen der Pinochet-Diktatur wieder die Armee auf die Straßen.

Borics Wahlsieg machte ihn international zum Star all jener, die Illusionen in einen parlamentarischen Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit haben – von Sozialismus sprechen wir erst einmal gar nicht. Um die Marketinglinie von Amazon zu zitieren: „Wer Boric kauft, hat auch Tsipras und Syriza, Podemos und Chávez gekauft“. Zu den ersten Gratulanten nach den Wahlen zählte wenig erstaunlich Yanis Varoufakis und sein DIEM25 Projekt, das von einer sozialen Umgestaltung der EU träumt.

Was Boric bei Reformist*innen und Exstalinist*innen in der Beliebtheitsskala nach oben gepusht hat ist einerseits die Ernennung von drei Mitgliedern der KP Chiles zu Minister*innen und sein Bekenntnis zum Feminismus, das sich darin ausdrückt, dass 14 von 24 Kabinettsmitgliedern Frauen sind. Aber: „Frausein allein ist kein Programm“, hat die österreichische Frauenministerin Johanna Dohnal einmal zu recht festgestellt. Es geht immer noch um die Orientierung der Regierung Boric – und die ist eindeutig kapitalistisch.

Boric unterzeichnete nach den Massenprotesten 2019 als Parlamentsmitglied den „Pakt für Frieden und eine neue Verfassung“, der Piñera vor dem Rücktritt bewahrte. Er stimmte für ein Gesetz, das drakonische Strafen für die Errichtung von Barrikaden bei der Abwehr von Polizeiattacken vorsieht und nach wie vor in Kraft ist. Immerhin haben bei den Demonstrationen 2019 mehr als 1.000 Menschen schwere Augenverletzungen erlitten oder sind erblindet, weil die Polizei Gummi- und Tränengasgeschosse aus nächster Nähe in Kopfhöhe abfeuerte; ebenfalls dokumentiert sind Folterungen von Verhafteten und sexuelle Gewalt gegen Demonstrant*innen.

Der Regierung gehören Politiker*innen von Parteien an, die zum lange regierenden Bündnis der Convergencia Democrática gehört und damit für die bürgerliche Stabilität der Post-Pinochet-Ära gesorgt hatten. Was als symbolische Geste gedacht ist, hat einen mehr als bitteren Beigeschmack: Die Ernennung von Maya Fernández Allende zur Verteidigungsministerin. Ihr Großvater, Salvador Allende, Verfechter eines „friedlichen Wegs zum Sozialismus“, war am 11. September 1973 vom Militär gestürzt worden, das gemeinsam mit faschistischen Banden ein Blutbad unter den Aktivist*innen der Arbeiter*innenorganisationen anrichtete. Der bittere Beigeschmack: So wie Maya Fernández glaubt, die Armee demokrati-

sieren zu können, glaubte Salvador Allende an die demokratische Gesinnung des Generalstabs und Augusto Pinochets.

Auch die KP-Minister*innen sind kein Grund zum Jubel. Die stalinistische Partei hatte in den Jahren nach dem 11. September 1973 einen Großteil ihrer Kraft darauf angewendet, die militanten Arbeiter*innen und Studierenden anzugreifen, die vor der Sackgasse eines „friedlichen Wegs“ gewarnt und sich für die Stärkung der räteähnlichen Cordones Industriales und den Aufbau von Arbeiter*innenmilizen eingesetzt hatten.

Boric versprach tief greifende Sozialreformen, eine feministische und grüne Regierung und das Ende des „chilenischen Neoliberalismus“. Die herrschende Klasse Chiles hat jedenfalls keine Panikattacken erlitten, als die Regierung vorgestellt wurde. Die erwartete Vernunft des „linken Präsidenten“ führte zu einer Steigerung der Kurse an der Santiagoer Börse von 2,27% und einer Stärkung des Peso gegenüber dem US-Dollar. Kein Wunder: Finanzminister Mario Marcel war bis zu seiner Ernennung Präsident der Zentralbank und arbeitete für die Weltbank und die OECD, deren Politik wesentlich die chilenische Wirtschaft

prägt. Das schafft einfach Vertrauen ...

Es wird sich weisen, ob sich die Werkfätigen, die Studierenden, die Indigenen, vor allem die Mapuche, von schönen Worten und dem Versprechen einer neuen Konstitution ruhig stellen lassen. Statt Illusionen in den „linken Präsidenten“ zu säen gilt es jetzt, eine revolutionäre Arbeiter*innenpartei aufzubauen, die in den unvermeidlich kommenden nächsten Kämpfen den Sieg der Ausgebeuteten garantieren kann.

Erklärung der Groupe Marxiste Internationaliste nach dem 1. Wahlgang in Frankreich:

Nieder mit Le Pen! Nieder mit Macron!

Die Perspektive eines Generalstreiks muss angegangen werden!

Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll – das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus. (Lenin, Staat und Revolution, 1917, Werke, Band 25)

Der erste Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahl 2022 ist entschieden:

Mehr als 7 Millionen Lohnabhängige sind nicht wahlberechtigt (sie sind unter 18 Jahre alt oder sind Ausländer*innen), selbst in Frankreich lebende EU-Bürger haben kein aktives Wahlrecht bei den Präsidentschaftswahlen oder der Legislative. Ein weiterer Teil (7,6 Mio.), das betrifft

insbesondere hochqualifizierte Jugendliche, sind kaum erfasst (sie sind an ihrer neuen Wohnadresse nicht gemeldet, was die Stimmabgabe behindert), und unter den gering qualifizierten Jugendlichen und Arbeitslosen lassen sich viele entweder nicht registrieren (5 Mio.) oder wenn sie registriert sind, gehen sie nicht wählen (fast 13 Millionen diesmal). Mit 26,3 % war der Nichtwähleranteil erneut massiv. Gegenüber 2017 ist er um 4,1 % gestiegen. Hinzu kommen trotz der Fülle an Kandidaten 0,2 Millionen ungültige Stimmen und 0,5 Millionen Weißwähler*innen. Ein großer Teil der Arbeiter*innenklasse war also nicht wahlberechtigt oder meinte, bei dieser Wahl keine politische Perspektive zu haben. In der Tat ist diese Enthaltung in den Departements und Städten, wo Arbeiterinnen und Arbeiter am stärksten vertreten sind, auch am sichtbarsten, wie in Vaulx-en-Velin an der Rhône mit 40,4 %, in Seine-Saint-Denis mit durchschnittlich 30,2 %, aber 39,9 % in Stains oder 36,51 % in Aubervilliers usw. Dies ist größtenteils die Folge des wiederholten Verrats der PS und der PCF, wenn sie an der Regierung beteiligt waren und des Verrats der Gewerkschaftsführungen an den Kämpfen.

		% Wahlberechtigte	% gültige Stimmen
Wahlberechtigte	48 747 876		
Nichtwähler	12 824 169	26,31	
gültige Stimmen	35 923 707	73,69	
Ungültige Stimmen	543 609	1,12	1,51
Leere Stimmzettel	247 151	0,51	0,69
Gültige Stimmen	35 132 947	72,07	97,8

MINISTÈRE DE L'INTÉRIEUR, 11 MAI

Profil der Nichtwähler*innen			
Nach Beruf der Befragten	Wähler*innen	Nichtwähler*innen	Gesamt
	74	26	100
Leitende Angestellte und Beamte	74	26	100
Zwischenschichten	73	27	100
Arbeiter*innen	67	33	100
Pensionist*innen	81	19	100

Ein bürgerlich-liberaler Pol

Ein Block um den Hauptkandidaten der Bourgeoisie, Macron, vereint mit 27,8 Prozent und 9,78 Millionen Stimmen nun die traditionelle Wählerschaft der bürgerli-

chen Parteien. Er ködert immer noch qualifizierte Arbeiter und vor allem das Management, indem er unter anderem viele Wähler*innen von der im Chaos versinkenden Les Républicains-Partei [bürgerliche, rechtsliberale Partei] an sich bindet, die von seiner harten Polizeiarbeit und seiner reaktionären Achse angezogen werden. Denn das Programm von Macron, diesem Schlächter und Schläger der Gelbwesten und der mitten in einer Pandemie Betten in

überwinden. Deshalb hat Macron die klare Unterstützung der MEDEF (Mouvement des entreprises de France - Unternehmerverband Frankreichs, vgl: IV) für den zweiten Wahlgang.

Ein faschistoid-bürgerlicher Pol

Ein Block mit der faschistoiden Kandidatin Le Pen als treibende Kraft kommt auf 23,1 % der Stimmen oder 8,14 Millionen

bürgerliche Parteien	Stimmen	% Wahlberechtigte	% gültige Stimmen
Emmanuel MACRON (LREM, MoDem...)	9 783 058	20,07	27,85
Marine LE PEN (RN)	8 133 828	16,69	23,15
Éric ZEMMOUR (Recon)	2 485 226	5,1	7,07
Valérie PÉCRESSE (LR, UDI...)	1 679 001	3,44	4,78
Yannick JADOT (EELV, Générations, GE...)	1 627 853	3,34	4,63
Jean LASSALLE (Résistons)	1 101 387	2,26	3,13
Nicolas DUPONT-AIGNAN (DIF)	725 176	1,49	2,06
Total	25 535 529	52,39	72,67

Wähler*innen. Um sie kreisen ihr Konkurrent Zemmour, der sie mit 7 % der Stimmen nicht verdrängen konnte, und mit 2,1% der Stimmen Dupont-Aignan, ein obskurantistischer Anti-Impf-Nationalist. Die Gesamtstimmenzahl

öffentlichen Krankenhäusern eingespart hat, hat nichts mit dem "Fortschritt" zu tun, den er gegenüber Le Pen beschwört: Fortsetzung der Angriffe auf die Pensionen, den öffentlichen Dienst, arbeitslose Jugendliche, Universitäten, Migrant*innen ... Sein Programm ist das Programm des Großkapitals zur Sicherung der Profitrate, einerseits durch Ausbluten der Arbeiterklasse, aber auch der Handwerker, der arbeitenden Bauern, der Führungskräfte und andererseits durch Stärkung der Polizeigewalt im Inneren und durch die Aufrechterhaltung der Übergriffe des französischen Imperialismus nach außen, wenn möglich durch das Postulat einer europäischen Armee, um die Nato-Dominanz der USA zu

dieses Blocks, die 32,3 Prozent der abgegebenen Stimmen ausmacht, deutet sowohl auf eine wachsende Verärgerung eines Teils des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums hin, dem der Ruin durch das Kapital droht, als auch auf die Panik von Kleinkapitalist*innen, die mit dem Großkapital konkurrieren und nicht in der Lage sind, die fälligen Rückzahlungen an ihre Banken zu leisten. Sie alle suchen verzweifelt nach einem Retter.

Le Pen, die Verschwörungstheorien und illusorische Heilmittel gegen Covid weiter verbreitete, verspricht der Arbeiter*innenklasse die Schwächung der Europäischen Union und ein Wiederaufleben des Protek-

tionismus, was den französischen Kapitalismus in den Abgrund stürzen würde. Der NATO setzt sie das Bündnis mit Russland entgegen. Die Diskreditierung der parlamentarischen Institutionen will sie durch eine Beschneidung der Freiheiten ersetzen, die sich auf demagogische Referenden stützt, eine Tradition, die von Louis Bonaparte und Charles de Gaulle geerbt wurde. Le Pen verspricht der kleinen Fraktion der gering qualifizierten oder ländlichen Arbeiter*innen, die sich von den reformistischen Arbeiter*innenparteien und den Gewerkschaftsführungen - die unfähig sind, ihre Mitglieder gegen ihre Ausbeuter zu organisieren, und die bei der Ausarbeitung aller Regierungsangriffe sogar mitwirken - im Stich gelassen fühlt, dass sie ihnen Sozialleistungen, Wohnungen usw. geben wird, die sie den Einwanderern wegnehmen wird. Ebenso wenig wie Macron hat Le Pen die geringste Absicht, den Kapitalismus, die Profite und „die Bosse“ anzugreifen. Sie will sogar alle direkten Steuern für Geschäftsführer*innen bis zum Alter von 30 Jahren abschaffen. Wie Macron weigert sie sich, den Mindestlohn über das Gesetz hinaus zu erhöhen, wie Macron verspricht sie Lohnerhöhungen, die die Geschäftsführung nichts kosten, und ruiniert die Krankenversicherung, während sie sich als "Beschützerin" aufspielt. In Wirklichkeit ist sie nicht nur dem Kapital gegenüber unterwürfig, sondern erweist ihm auch den größten Dienst, indem sie die Klasse, die vom Kapital ausgebeutet und ständig bedroht wird, zwangsweise spaltet. Migrant*innen, Arbeiter*innen mit Migrationshintergrund und ihre Nachkommen wären ihre ersten Opfer. Aber es ist natürlich die gesamte Arbeiterklasse, die Jugend, unabhängig von ihrer Hautfarbe, die die wirtschaftliche und politische Rechnung bezahlen wird!

Ein sozial-chauvinistischer Pol

Ein Block um die Stimme Mélenchons vereint mit 21,95 % fast 7,7 Millionen Stimmen auf sich. Damit wird er bei den 18- bis 34-Jährigen mit über 30 % der Stimmen zum ersten Kandidaten. Die Arbeiter*innenviertel stimmten für diesen Kandidaten, wenn sie sich nicht der Stimme enthielten. So lag Mélenchon in den großen Städten Frankreichs oft vor Macron, wie in Marseille, Lille, Nantes, Rouen, Le Havre, Grenoble, Mulhouse, Rennes, Montpellier, Toulouse, Straßburg... oder Kopf an Kopf, wie in Paris

Ein Teil der Arbeiter*innen ist schon immer auf die bürgerlichen Scharlatane hereingefallen. Die Herrschaft der Kapitalistenklasse ist, wie allgemein bekannt, nicht nur eine wirtschaftliche. Seit 2017 wird Le Pen von den meisten bürgerlichen Journalisten (egal ob sie für Macron oder für Le Pen sind) als politische Vertreterin der Arbeiter:innen dargestellt.

Wenn man bedenkt, dass 12 % der "Arbeiter" Ausländer sind (laut Insee), wenn 6 % der "Arbeiter" nicht registriert sind (es sind sehr viel mehr), wenn 33 % der "Arbeiter" sich enthalten (laut Ipsos), wenn 1 % ihrer Stimmen weiß oder ungültig sind (es sind viel mehr) und wenn 36 % der "Arbeiter", die gewählt haben, einen Le-Pen-Zettel in die Urne werfen (Ipsos), dann stellen sie :

$(88/100) \cdot (94/100) \cdot (67/100) \cdot (99/100) \cdot (36/100) = 19,7/100$ aller in Frankreich arbeitenden Arbeiter.

19,7 % sind zu viele, aber mindestens 80 % der "Arbeiter" haben nicht für Le Pen gestimmt. Außerdem besteht die Arbeiterklasse nicht nur aus "Arbeiter*innen", sondern auch aus allen "Angestellten", einer Mehrheit der "mittleren Berufe" (wo deutlich weniger Le Pen wählen) und sogar einer Minderheit unter den "Führungskräfte und höheren intellektuellen Berufe" (die kaum Le Pen wählt). Etwa 83-85 % der Arbeiter*innenklasse haben im ersten Wahlgang nicht für Le Pen gestimmt.

und Lyon. Da die "nützliche Stimme" für Mélenchon eine Rolle gespielt hat, setzt die PS ihre Talfahrt mit 1,75 % fort und wird von der PCF überholt, der es mit 2,28 % nicht gelingt, die Lage zu retten. Die Kandidaten, die nicht in den Nationalismus abrutschten, wurden ebenfalls marginalisiert: NPA mit 0,77 % und LO mit 0,57 %.

Mélenchon war wieder einmal der Anwärter auf den Posten des obersten Retters und der Sämman bürgerlich-demokratischer Illusionen: "Wählt Mélenchon, und ihr bekommt die Rente mit 60 Jahren. Ihr braucht keine Streiks zu machen, die euch viel Geld

Gewerkschaft], die 1981 die Anwesenheit von Ministern der PCF in der Regierung anprangerte, belastet ihre Neutralität angesichts des zweiten Wahlgangs, da viele ihrer Führungskräfte Mitglieder der LR und der RN sind. In Nantes prangert die FO sogar die Präsidentin der Universität an, die sich öffentlich gegen Le Pen ausspricht.

Wie 2002 mit Chirac und 2017 mit Macron rufen die PCF, die PS und die CFDT heute dazu auf, Macron, den Kandidaten des Großkapitals, zu wählen, um Le Pen, die faschistische Kandidatin, zurückzudrängen. Andere sind jesuitischer, wie Mélenchon und Poutou, die wie die Führung der CGT, von Solidaires und der UN-

SA dazu aufrufen, keine Stimme für Le Pen abzugeben, und implizit die Wahl von Macron unterstützen, ohne es zu sagen. Das Argument ist ebenso bekannt wie falsch: Wer für Macron stimmt, verhindert den Faschismus.

Arbeiter*innenbewegung	Stimmen	% Wahlberechtigt	% gültige Stimmen
Jean-Luc MÉLENCHON (LFI, Ensemble, POI...)	7 712 520	15,82	21,95
Fabien ROUSSEL (PCF, PRG, MRC, GRS...)	802 422	1,65	2,28
Anne HIDALGO (PS)	616 478	1,26	1,75
Philippe POUTOU (NPA)	268 904	0,55	0,77
Nathalie ARTHAUD (LO)	197 094	0,4	0,56
Total	9 597 418	19,68	27,31

kosten oder gefährlich sind", sagte er am 20. März in Paris. Er profitierte wie Le Pen vom "Wir haben es nicht versucht"-Effekt, obwohl er ein ehemaliger Minister ist. Sein Programm war nicht wirklich radikal: Er brachte zwar einige soziale Maßnahmen vor und verteidigte die Migrantinnen und Migranten im Land (außer die tschetschenischen Flüchtlinge, die Opfer von Putins blutiger Rekolonialisierung wurden), aber er fuhr fort, die schmutzige Arbeit der faschistischen Parteien zu erleichtern: Leugnung des Klassenkampfes, Denunziation der Finanzwelt und nicht des gesamten Kapitals, für die Nation und die Trikolore, für die Stärkung des bürgerlichen Staates (einschließlich Polizei und Armee), für die Begrenzung der Einwanderung.

Im zweiten Wahlgang: zwei erbitterte Feinde der Arbeiter*innen

Die Tatsachen liegen auf dem Tisch. Alle, die über "Frankreich" und "die Nation" schwafeln, verteidigen den französischen Kapitalismus und sind sich im Wesentlichen einig.

Die CFE-CGC, zu der auch die wichtige Gewerkschaft der Polizisten gehört, die wie das Militär überwiegend Le Pen wählen, äußert sich nicht. Die Force Ouvrière [FO - reformistische, antikommunistische

Aber noch nie haben bürgerliche Wahlen Fortschritte in Richtung Sozialismus oder gar eine Blockade des Faschismus ermöglicht. Inwiefern hat die Stimmabgabe für Macron im zweiten Wahlgang 2017 verhindert, dass Le Pen ihren Einfluss vergrößerte, wie die Parteivorsitzenden der reformistischen Parteien und der Gewerkschaften behauptet haben? Im Gegenteil, es ist die Politik Macrons auf der einen Seite und die Weigerung dieser Parteispitzen auf der anderen, sich dem Faschismus mit allen möglichen politischen Mitteln entgegenzustellen. Ihre Versöhnungspolitik, ihre Politik der Begleitung aller Gegenreformen durch Konzertierung und sozialen Dialog, nährt und nährte den Aufschwung der RN. Und sie wollen es uns ein drittes Mal heimzahlen, indem sie die Arbeiter*innenklasse und die Jugend erneut entwaffnen, dadurch, dass sie sie auffordern, die Pest zu wählen, um die Cholera abzuwehren!

Der Ausweg ist der Klassenkampf

Es gibt bei dieser Wahl keinen Ausweg für die arbeitende Bevölkerung! Der Ausweg wird aus der Mobilisierung der Arbeiter*innenklasse auf ihrem eigenen Terrain kommen.

Keine Stimme für Le Pen! Nicht eine Stimme für Macron!

Die Forderungen der Arbeiter*innenklasse, die Erhöhung der Löhne und ihre sofortige Anpassung an die Preisentwicklung, das Verbot von Entlassungen, massive Kredite und Arbeitsplätze mit Löhnen, die diesen Namen auch verdienen, im öffentlichen Dienst (angefangen bei den Krankenhäusern, die vor dem Zusammenbruch stehen), die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Produkte des Massenkonsums usw. ebenso wie die Erhaltung des Klimas und der Umwelt stehen im Gegensatz zur Wiederwahl von Macron wie auch zum Einzug von Le Pen in den Elysée-Palast.

Wir müssen uns alle gemeinsam auf den Kampf vorbereiten. Die Gewerkschaftsführungen müssen aufgefordert werden, jegliche Verhandlungen über künftige Angriffe abzulehnen, die Mitbestimmungsgremien zu verlassen und eine Einheitsfront gegen die reaktionären Projekte von Le Pen oder Macron zu bilden. Wir müssen ab sofort die Perspektive des Generalstreiks, der Verteidigung der Kämpfe und der Arbeiter*innenorganisationen gegen die faschistische Polizei und die faschistischen Schlägertrupps sowie der Enteignung der kapitalistischen Konzerne eröffnen.

Erfüllung aller Forderungen!

Für eine Arbeiter*innenregierung vom Typ der Pariser Kommune!

Für die Sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa!

Für eine echte, revolutionäre und internationalistische Arbeiter*innenpartei!

Wir aber werden mit den Opportunisten endgültig brechen; und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampf nicht um eine „Verschiebung der Machtverhältnisse“, sondern um den Sturz der Bourgeoisie, um die Zerstörung des bürgerlichen Parlamentarismus, um die demokratische Republik vom Typ der Kommune oder die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats. (Lenin, Staat und Revolution)

14 April 2022

Groupe marxiste internationaliste
(französische Sektion des Kollektivs Permanente Revolution [CoReP])

1.Mai-Erklärung des Kollektivs Permanente Revolution (CoReP)

Sozialismus oder Barbarei!

Russischer Imperialismus raus aus der Ukraine!

Seit dem 24. Februar tobt in der Ukraine ein Krieg, der Millionen von Menschen zur Flucht zwingt und Zehntausende Tote und Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Soldat*innen fordert. Dieser Krieg erinnert die Proletarier*innen in aller Welt daran, dass der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium unweigerlich Kriege und Zerstörung hervorbringt, wenn die Mächtigen unaufhörlich um die Aufteilung und Neuverteilung der Welt kämpfen.

Die Ukraine ist ein wichtiger Streitpunkt zwischen den westlichen und den russischen Imperialismen. Im Jahr 2014 hatte die Ukraine die Mitgliedschaft in der EU und der NATO beantragt, was zu Lasten der früheren Beziehungen zu Russland ging. Doch der russische Imperialismus hatte mit der Annexion der Krim und der Kontrolle über einen Teil des Donbass bereits gezeigt, dass diese Situation für ihn unerträglich ist.

Für den russischen Staat bot die Priorität, welche die US-Regierung dem Kampf gegen den aufstrebenden chinesischen Kapitalismus einräumte, ihr teilweiser Rückzug aus den Ländern Europas und Westasiens sowie ihr ungeordneter Rückzug aus Afghanistan die Gelegenheit, die wirtschaftliche und militärische Umklammerung durch die westlichen Imperialismen zu lockern. Nachdem die westlichen Imperialisten klargestellt hatten, dass sie nicht militärisch eingreifen würden, schickte Putin seine Truppen los, um die Ukraine vollständig zu annektieren oder dort eine Marionettenregierung nach seinen Vorstellungen zu installieren.

Die Ukraine ist keine Nation, sondern eine Erfindung von Lenin und den Bolschewiki. Stalin versuchte, diese "verrückte Erfindung" zu reparieren, was ihm jedoch nicht gelang. (Wladimir Putin, 21. Februar)

Die internationalistischen Kommunist*innen stehen entschieden auf der Seite des beherrschten Landes gegen die Aggression einer imperialistischen Macht, wie es Lenin und Trotzki immer verteidigt haben. Die Verstärkung des Drucks der NATO auf Russland durch den Ausbau ihrer Militärbasen ist unbestreitbar, aber die interimperialistischen Rivalitäten rechtfertigen keinesfalls, dass die bloße Existenz der Ukraine infrage gestellt wird. Und die Aufgabe des ukrainischen Proletariats wie auch des Weltproletariats besteht darin, auf der Grundlage der Klassenunabhängigkeit dieses Recht auf Unabhängigkeit zu verteidigen. Gleichzeitig müssen die Proletarier*innen für die sozialistische Revolution in der Ukraine, für den Internationalismus und für die Föderation der Sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa kämpfen. Die ukrainische Regierung ist eine bürgerlich-nationalistische Regierung, die ukrainische Armee ist eine bürgerliche Armee, die sogar faschistische Bataillone eingegliedert hat. Aber internationalistische Kommunist*innen verteidigen die Ukraine bedingungslos gegen die russische imperialistische Aggression, so wie sie den Irak oder Serbien, die sich in den Händen bürgerlicher Nationalisten befunden haben, gegen die Aggressionen der US-geführten Koalition der imperialistischen Mächte verteidigt haben. Sie haben ebenso das arabische Volk Palästinas gegen die zionistische Kolonisierung trotz des bürgerlichen Charakters der Führung der pa-

lästinensischen Nationalbewegung (Fatah, Hamas) unterstützt, genauso, wie sie den Krieg im Jemen verurteilen, der vom monarchischen und antisemitischen Arabien, das mit den „demokratischen“ Imperialisten verbündet ist, geführt wird.

Weder gestern noch heute ist diese Unterstützung des beherrschten Landes, das Opfer des Imperialismus ist, gleichbedeutend mit einer Unterstützung seines Regimes, seiner Regierung oder einer Unterstützung für Selenskij.

Eine revolutionäre Perspektive zur Verteidigung der Ukraine

Der russische Imperialismus rechtfertigt seine Aggression mit dem Vorwand eines „Völkermords“ an der russischsprachigen Minderheit, die in der Ukraine, insbesondere im Donbass, lebt. In Wirklichkeit werden die Rechte und Freiheiten von Minderheiten von den verschiedenen Imperialismen je nach ihren Interessen benutzt. Im Jahr 2014 arbeitete die ukrainische Regierung daran, ihre Verbindungen zu den europäischen Imperialismen zu stärken. Der russische Imperialismus seinerseits nutzte diese Unterdrückung, um 2014 einerseits die Krim zu annektieren und andererseits die Regionen Donezk und Lugansk im Donbass - auch durch massive militärische Unterstützung - zur Sezession zu drängen.

Mit Lenin unterstützen wir die Achtung der Mehrsprachigkeit und der gleichen Rechte aller nationalen Minderheiten, einschließlich des Rechts auf Autonomie oder Abtrennung. Aber unter keinen Umständen darf diese Berufung auf die unantastbaren Rechte von Minderheiten zu irgendeiner Nachgiebigkeit gegenüber der russischen imperialistischen Invasion führen.

Die internationalistischen Kommunist*innen sind für die Niederlage des russischen Imperialismus in der Ukraine. Die Ukraine hat das Recht, sich Waffen zur Selbstverteidigung zu beschaffen, auch wenn der US-amerikanische und der europäische Imperialismus, die sie liefern, ihre eigenen Ziele verfolgen. Diese bestehen darin zu verhindern, die Ukraine unter ihrem Einfluss zu belassen. Eine Niederlage der Ukraine würde die Zerschlagung des ukrainischen Proletariats, die Stärkung des russischen Imperialismus und die Stärkung von Putins Diktatur über das russische Proletariat bedeuten. Umgekehrt würde eine Niederlage des russischen Imperialismus den Weg für einen Aufstand des russischen Proletariats ebnen und gleichzeitig dem ukrainischen Proletariat die Möglichkeit geben, sich selbst zu organisieren und für seine eigenen Ziele selbst zu kämpfen! Das ist unsere Perspektive!

Der US-amerikanische und der europäische Imperialismus haben eine ganze Reihe von Sanktionen gegen Russland verhängt, ohne so weit zu gehen, die Gas- und Öllieferungen zu unterbinden, die für die europäischen Kapitalismen nach wie vor unverzichtbar sind. Sie machen ein großes Getöse um das Einfrieren der Vermögenswerte russischer Oligarch*innen. Dieses Einfrieren ist aber keine Enteignung, und kann dank verschiedener Steuerparadiese relativ leicht umgangen werden. Wirtschaftssanktionen wie das Embargo gegen bestimmte russische Importe und Exporte oder

die finanziellen Beschränkungen, die zum Verfall des Rubels führen, treffen in erster Linie die russische Bevölkerung und führen beispielsweise dazu, dass Tausende von Arbeiter*innen in den Automobilfabriken arbeitslos werden.

Die USA haben 20.000 zusätzliche Soldat*innen nach Europa geschickt, der französische Imperialismus schickt Soldat*innen nach Rumänien usw.

Das Weiterbestehen des Imperialismus ist eine Geißel für die Menschheit!

Der Krieg in der Ukraine ist ein Wendepunkt in der Weltlage. Er konfrontiert den russischen Imperialismus, der sich die Unterstützung des chinesischen Imperialismus geholt hat, mit den US-Imperialist*innen und den wichtigsten europäischen Imperialismen. Diese achten sehr darauf, die dünne Grenze nicht zu überschreiten, die sie von einer direkten Beteiligung an dem Konflikt trennt, aber dieser Krieg könnte in einen interimperialistischen Krieg umschlagen. Der für Putin untragbare Stillstand der russischen Armee in der Ukraine kann in der Tat zu einer Eskalation der eingesetzten militärischen Mittel führen und so einen interimperialistischen Krieg beschleunigen.

Der Krieg in der Ukraine hat bereits dramatische wirtschaftliche Folgen in vielen beherrschten Ländern, aber auch für die Proletarier*innen und alle verarmten Schichten in den entwickelten Ländern. Infolge der Unterbrechung der Versorgung mit Getreide aus der Ukraine und Russland, aber auch mit Düngemitteln, verschiedenen Mineralien wie Nickel usw., explodieren die Preise für diese Güter. Durch Spekulationen wird das noch verschärft. So wird in vielen Ländern des Nahen Ostens oder Afrikas das Brot knapp oder unerschwinglich. Die Preise für Gas und Öl, für die Russland einer der größten Lieferanten ist, setzen ihre wilde Kursentwicklung fort. Die Inflation beschleunigt sich, sie erreicht 8,5 % in den USA, fast 10 % in Spanien, über 61 % in der Türkei, über 55 % in Argentinien, in Algerien dürfte sie über 20 % betragen ... und lässt Löhne, Renten, Sozialleistungen und sonstige Unterstützungszahlungen schmelzen, wenn es sie denn überhaupt gibt. Die Zentralbanken erhöhen die Zinssätze für ihre Darlehen an Banken, das Wachstum verlangsamt sich, die Anzeichen für eine mögliche neue globale kapitalistische Krisenmehrten sich. Dies verstärkt die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und zwischen den Regionalmächten. Die Last des Militarismus drückt durch die Erhöhung der Militärbudgets schwerer und schwerer auf die Werktätigen. Während die Kapitalist*innenklasse den Planeten unaufhaltsam in eine ökologische und klimatische Katastrophe stürzt, will sie ihre Profitrate sichern, indem sie die Rechnung für den Krieg und die Krisen auf die Arbeiter*innen und die Bevölkerung der beherrschten Länder abwälzt. Religiöse Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und die Verfolgung von Geflüchteten und Migrant*innen werden offen von den bürgerlichen Regierungen verwendet, um die Polizei und Militär aufrüsten, Freiheiten beschneiden und soziale Proteste kriminalisieren.

Eine revolutionäre Arbeiter*inneninternationale aufbauen!

Die Ausrichtung der wichtigsten Gewerkschaftsführer*innen und der reformistischen Parteien (SPD, Labour Party, PS, PCF, PSOE, DSA ...) auf die NATO, die direkte oder indirekte Unterstützung des russischen Imperialismus durch andere reformistische Parteien (Partido dos Trabalhadores, LFI, ...) lässt die Arbeiterklasse weltweit gelähmt und ohne eigene Perspektive gegen den Krieg in der Ukraine zurück. Er hat sie in den Rahmen der Unterstützung des eigenen Imperialismus oder einer bloßen Solidarität mit den Opfern des Krieges gezwängt. Dabei könnte die Mobilisierung des Weltproletariats den Krieg beenden, könnte den Weg für das russische Proletariat ebnen, das gewaltsam unterdrückt wird, wenn das Proletariat es wagt, gegen den Krieg zu protestieren, den sein Imperialismus führt.

Gegen diese Klassenkollaboration der korrupten Arbeiterbürokratien fordern internationalistische Kommunist*innen die Gewerkschaftsführungen und reformistischen Parteien auf, mit der Bourgeoisie zu brechen. Um den Imperialismus zu besiegen und seine Kriege zu beenden, müssen die Arbeiter ihre Parteien und Gewerkschaften zur Bildung einer Einheitsfront unter folgenden Lösungen organisieren:

Russischer Imperialismus raus aus der Ukraine! Keine Unterstützung für die NATO oder irgendeinen europäischen oder US-amerikanischen Imperialismus! Abzug der Truppen der westlichen Imperialismen aus Mitteleuropa! Abzug der US-Truppen aus ganz Europa! Auflösung der NATO! Nieder mit den Wirtschaftssanktionen, die vor allem das russische Proletariat treffen! Für die sozialistische Revolution in der Ukraine ebenso wie in Russland!

Die Arbeiter*innen in aller Welt brauchen eine revolutionäre Arbeiter*inneninternationale, die sie aus der Umklammerung durch die Führer*innen der reformistischen Parteien und Gewerkschaftsbürokrat*innen befreit, die das Gift der parlamentarischen Illusionen, des Chauvinismus und von Kompromissen mit ihrer Bourgeoisie oder ihrem Imperialismus verspritzen.

Arbeiter*innenkontrolle über die Tätigkeit der grundlegenden Dienstleistungen und Unternehmen und über die Schließung derjenigen, die nicht lebenswichtig sind! Enteignung der kapitalistischen Konzerne! Arbeiter*innenregierung auf der Grundlage von Arbeiter*innenräten, Zerstörung des bürgerlichen Staates und Auflösung der Berufarmee, der polizeilichen Repressionskorps und der faschistischen Banden durch die bewaffneten Arbeiter*innen! Von der Bevölkerung beschlossener Produktionsplan zur Befriedigung der sozialen Bedürfnisse bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt und der Zukunft der Menschheit! Für eine sozialistische Weltföderation!

1. Mai 2022

CoReP (Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei)

Das CoReP und seine Sektionen im Internet: www.revolucionpermanente.com



Internaciema Kolektivista Cirklo
<https://www.ikcirklo.org/>

Groupe Marxiste Internationaliste
<https://groupemarxiste.info/>

Gruppe KLASSENKAMPF
<https://www.klassenkampf.net>

Patronsuz Dünya
<https://www.patronsuzdunya.com/>



www.klassenkampf.net | gruppeklassenkampf@tutanota.com